Jahresabschluss 2024*

K+S Aktiengesellschaft

* Der Lagebericht der K+S Aktiengesellschaft und der Konzernlagebericht für das Geschäftsjahr 2024 sind im Geschäftsbericht 2024 zusammengefasst.

Die nichtfinanzielle Erklärung der K+S Aktiengesellschaft und die nichtfinanzielle Konzernerklärung werden ebenfalls im Geschäftsbericht zusammengefasst.



Inhaltsverzeichnis

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	<u>3</u>
BILANZ	<u>4</u>
ANHANG	<u>5</u>
ALLGEMEINE GRUNDLAGEN	<u>5</u>
BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE	<u>5</u>
UMRECHNUNG VON FREMDWÄHRUNGSBETRÄGEN	<u>9</u>
ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG	<u>10</u>
ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ	<u>13</u>
SONSTIGE ANGABEN	<u>19</u>
HINWEISE	<u>29</u>
VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER DER K+S AKTIENGESELLSCHAFT	<u>29</u>
WEITERE INFORMATIONEN	<u>31</u>
BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS	<u>31</u>
KONTAKT	<u>37</u>

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

Angaben in Mio. €	Anhang	2023	2024
Umsatzerlöse	1	163,8	165,7
Herstellungskosten der zur Erzielung der Umsatzerlöse erbrachten Leistungen		-159,4	-165,0
Bruttoergebnis vom Umsatz		4,4	0,7
Vertriebskosten		-5,2	-4,6
Allgemeine Verwaltungskosten		-30,3	-30,1
Forschungskosten		-3,0	-1,7
Sonstige betriebliche Erträge		66,6	36,4
Sonstige betriebliche Aufwendungen	3	-135,1	-103,9
Erträge aus Beteiligungen	4	83,7	133,8
davon aus Gewinnabführungen		83,7	133,8
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	5	41,8	27,1
davon aus verbundenen Unternehmen		16,4	11,9
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	5	-137,9	-156,1
davon an verbundene Unternehmen		-123,7	-133,4
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	6	-52,5	-0,1
Ergebnis nach Steuern / Jahresfehlbetrag		-167,4	-98,5
Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen	14	292,8	125,4
Ertrag aus Kapitalherabsetzung	14	12,3	-
Einstellung in die Kapitalrücklage nach §237 Abs. 5 AktG		-12,3	_
Auflösung Gewinnrücklage wegen Dotierung Kapitalrücklage	14	12,3	_
Aufwand aus dem Wegfall der eigenen Anteile	14	-12,3	_
Bilanzgewinn		125,4	26,9

BILANZ

BILANZ - AKTIVA

Angaben in Mio. €	Anhang	31.12.2023	31.12.2024
Immaterielle Vermögensgegenstände		10,9	6,5
Sachanlagen		73,1	73,7
Finanzanlagen		6.421,2	6.273,4
Anlagevermögen	9	6.505,2	6.353,6
Vorräte		3,8	5,0
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	12	458,8	331,2
Wertpapiere			95,6
Kassenbestand, Guthaben bei Kreditinstituten		59,9	127,5
Umlaufvermögen		522,5	559,3
Rechnungsabgrenzungsposten	13	4,9	11,8
Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung		0,3	1,3
AKTIVA		7.032,9	6.926,0

BILANZ - PASSIVA

Angaben in Mio. €	Anhang	31.12.2023	31.12.2024
Gezeichnetes Kapital		179,1	179,1
Kapitalrücklage		713,9	713,9
Gewinnrücklagen		1.446,5	1.321,1
Bilanzgewinn		125,4	26,9
Eigenkapital	14	2.464,9	2.241,0
Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen	15	_	1,9
Steuerrückstellungen	16	20,4	22,5
Sonstige Rückstellungen	16	414,8	426,6
Rückstellungen		435,2	451,0
Verbindlichkeiten	17	4.132,8	4.234,0
PASSIVA		7.032,9	6.926,0

ANHANG

ALLGEMEINE GRUNDLAGEN

Die K+S Aktiengesellschaft ist eine beim Amtsgericht Kassel unter der Registernummer HRB 2669 eingetragene börsennotierte Aktiengesellschaft mit Sitz in der Bertha-von-Suttner-Str. 7, 34131 Kassel.

Der Jahresabschluss der K+S Aktiengesellschaft zum 31. Dezember 2024 ist nach den Vorschriften des Handelsgesetzbuches (HGB) und des Aktiengesetzes (AktG) aufgestellt. Das Geschäftsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

Im Interesse einer übersichtlicheren Darstellung sind in der Bilanz und der Gewinn- und Verlustrechnung einzelne Posten zusammengefasst. Diese Posten werden im Anhang gesondert aufgeführt und erläutert. Die Gewinn- und Verlustrechnung ist nach dem Umsatzkostenverfahren gem. § 275 Abs. 3 HGB aufgestellt. Das Gliederungsschema wurde um den Posten "Forschungskosten" erweitert. Sofern nicht explizit anders angegeben, werden die einzelnen Posten des Jahresabschlusses in Millionen € (Mio. €) dargestellt. Bei Prozentangaben und Zahlen können Rundungsdifferenzen auftreten.

Die K+S Aktiengesellschaft stellt als Mutterunternehmen einen Konzernabschluss und einen Konzernlagebericht (kleinster und größter Konsolidierungskreis) auf. Dieser ist im Internetauftritt der K+S Gruppe (www.kpluss.com) zugänglich.

BILANZIERUNGS- UND BEWERTUNGSGRUNDSÄTZE

ERFASSUNG VON UMSATZERLÖSEN

Umsatzerlöse werden erfasst, wenn die Lieferungen und Leistungen erbracht wurden und der Gefahrenübergang erfolgt ist.

ZUWENDUNGEN DER ÖFFENTLICHEN HAND UND PRIVATE ZUWENDUNGEN

Zuwendungen der öffentlichen Hand für Vermögensgegenstände (z. B. Investitionszuschüsse, Investitionszulagen) werden direkt an den Buchwerten gekürzt (Nettomethode). Bei privaten Zuwendungen für Vermögenswerte (z. B. Baukostenzuschüsse, Werkzeugkostenzuschüsse) wird die Bruttomethode angewandt.

IMMATERIELLE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Erworbene immaterielle Vermögensgegenstände werden mit den Anschaffungskosten aktiviert und planmäßig über ihre voraussichtliche Nutzungsdauer linear abgeschrieben. Diese beträgt für Software 1 bis 5 Jahre. Selbst geschaffene immaterielle Vermögensgegenstände des Anlagevermögens werden nicht aktiviert. Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen wird außerplanmäßig auf den niedrigeren beizulegenden Wert abgeschrieben. Sind die Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung entfallen, erfolgt eine Zuschreibung bis zu den fortgeführten Anschaffungskosten.

SACHANLAGEN

Sachanlagen werden zu Anschaffungs- oder Herstellungskosten abzüglich planmäßiger linearer Abschreibungen bewertet. Die Herstellungskosten von selbst erstellten Anlagen enthalten neben den direkt zurechenbaren Kosten auch anteilige Material- und Fertigungsgemeinkosten einschließlich Abschreibungen. Fremdkapitalzinsen werden nicht aktiviert.

Die Abschreibungssätze richten sich nach der voraussichtlichen Nutzungsdauer. Diese beträgt überwiegend für Bauten 14 bis 33 Jahre, für technische Anlagen und Maschinen 5 bis 25 Jahre, für andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung 3 bis 13 Jahre. Geringwertige Anlagengegenstände, welche 800 € netto nicht überschreiten, werden im Jahr ihrer Anschaffung oder Herstellung voll abgeschrieben. Geringwertige Anlagengegenstände, welche 800 € netto überschreiten, werden über die jeweilige unternehmensspezifische Nutzungsdauer abgeschrieben.

Bei voraussichtlich dauernden Wertminderungen werden außerplanmäßige Abschreibungen vorgenommen. Sind die Gründe für eine außerplanmäßige Abschreibung entfallen, erfolgt eine Zuschreibung bis zu den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten.

Strecken und Grubenbaue werden nicht aktiviert.

Vom Wahlrecht der Buchwertfortführung für übernommene Vermögensgegenstände im Rahmen von Umwandlungen wird Gebrauch gemacht.

FINANZANLAGEN

Anteile an verbundenen Unternehmen, Beteiligungen und Wertpapiere des Anlagevermögens sind zu Anschaffungskosten oder im Falle einer voraussichtlich dauernden Wertminderung zum niedrigeren beizulegenden Wert am Abschlussstichtag bewertet.

Ausleihungen werden zu Anschaffungskosten oder bei unverzinslichen oder niedrig verzinslichen Darlehen zum Barwert angesetzt. Erkennbaren Risiken wird durch die Vornahme außerplanmäßiger Abschreibungen Rechnung getragen.

Vom Wahlrecht, außerplanmäßige Abschreibungen auf Finanzanlagen auch bei voraussichtlich nicht dauernder Wertminderung zu erfassen, wird kein Gebrauch gemacht.

VORRÄTE

Die Vorräte werden zu Anschaffungskosten oder Herstellungskosten unter Beachtung des Niederstwertprinzips angesetzt. In die Herstellungskosten werden neben den Einzelkosten angemessene Teile der notwendigen Material- und Fertigungsgemeinkosten einbezogen sowie Abschreibungen des Anlagevermögens, soweit diese durch die Herstellung verursacht sind. Dies gilt analog für Kosten der allgemeinen Verwaltung, Aufwendungen für Altersversorgung und Unterstützung sowie sonstige soziale Aufwendungen.

FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Forderungen werden entsprechend ihrer Fristigkeit zum Nenn- oder Barwert angesetzt. Einzelrisiken werden durch Abschreibungen, das allgemeine Kreditrisiko durch eine Pauschalwertberichtigung berücksichtigt.

Sonstige Vermögensgegenstände werden zu Anschaffungskosten oder dem niedrigeren beizulegenden Wert angesetzt.

WERTPAPIERE DES UMLAUFVERMÖGENS

Wertpapiere des Umlaufvermögens sind mit Anschaffungskosten oder dem niedrigeren Börsenkurs bzw. beizulegendem Wert am Abschlussstichtag bewertet.

KASSENBESTAND UND GUTHABEN BEI KREDITINSTITUTEN

Kassen- und Bankguthaben werden zum Nennwert bewertet.

AKTIVER RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Das Wahlrecht gemäß § 250 Abs. 3 HGB zur aktivischen Abgrenzung von Disagien aus der Aufnahme von Verbindlichkeiten wird ausgeübt. Sofern der Erfüllungsbetrag einer Verbindlichkeit geringer als der Ausgabebetrag ist, erfolgt eine passivische Abgrenzung des Agios.

EIGENKAPITAL

Das Gezeichnete Kapital wird zum Nennwert bilanziert.

VERMÖGENS- UND SCHULDENVERRECHNUNG; ERTRAGS- UND AUFWANDSVERRECHNUNG

Für Vermögensgegenstände, die ausschließlich der Erfüllung von Verpflichtungen aus Pensionszusagen sowie von Erfüllungsrückständen aus Verpflichtungen aus Langzeitkonten dienen und dem Zugriff aller übrigen Gläubiger entzogen sind (Deckungsvermögen i.S.d. § 246 Abs. 2 Satz 2 HGB), erfolgt die Bewertung zum beizulegenden Zeitwert. In der Gewinn- und Verlustrechnung werden Erträge und Aufwendungen aus diesen Vermögensgegenständen mit dem Aufwand aus der Aufzinsung der entsprechenden Verpflichtungen saldiert und der Saldo im Zinsergebnis ausgewiesen. In der Bilanz werden diese Vermögensgegenstände mit der jeweils zugrunde liegenden Verpflichtung verrechnet. Die sich ergebenden Verpflichtungsüberhänge werden unter den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen (Verpflichtungen aus Pensionszusagen) und unter den sonstigen Rückstellungen (Erfüllungsrückstände aus Langzeitkonten) ausgewiesen. Bei einem Überhang der Vermögensgegenstände erfolgt der Ausweis als aktiver Unterschiedsbetrag aus der Vermögensverrechnung.

RÜCKSTELLUNGEN FÜR PENSIONEN UND ÄHNLICHE VERPFLICHTUNGEN

Der Erfüllungsbetrag von Pensionsverpflichtungen wird unter Anwendung versicherungsmathematischer Grundsätze nach dem Anwartschaftsbarwertverfahren ermittelt. Bei der Festlegung des laufzeitkongruenten Rechnungszinssatzes wird von dem Wahlrecht nach § 253 Abs. 2 Satz 2 HGB Gebrauch gemacht. Die Pensionsverpflichtungen werden mit dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten zehn Jahre abgezinst, der sich bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Zum Abschlussstichtag ergibt sich ein Rechnungszins in Höhe von 1,90 % p.a. (2023: 1,82 % p.a.). Der Ausweis von Effekten aus Änderungen des Zinssatzes erfolgt im Finanzergebnis.

Der angenommene Gehaltstrend beträgt 2,0 % p.a. (2023: 2,0 % p.a.). Zusätzlich wird bis zum Alter von 50 Jahren ein Karrieretrend von 1,0 % p.a. (2023: 1,0 % p.a.) berücksichtigt. Bis zum Jahr 2025 wurde eine jährliche Rentensteigerung von 3,2 % (2023: 3,2 %) unterstellt. Für die Jahre ab 2026 wurde eine durchschnittliche Rentensteigerung von 2,0 % p.a. angesetzt (2023: 2,0 % p.a.). Die Fluktuation beträgt 0,56 % p.a. (2023: 0,55 % p.a.). Die Sterbewahrscheinlichkeiten und Fluktuation basieren (unverändert zum Vorjahr) auf den Heubeck'schen Sterbetafeln (RT 2018 G).

STEUER- UND ÜBRIGE RÜCKSTELLUNGEN

Steuer- und übrige Rückstellungen werden für alle ungewissen Verbindlichkeiten und für drohende Verluste aus schwebenden Geschäften unter Berücksichtigung erwarteter künftiger Preis- und Kostensteigerungen gebildet. Die Bewertung erfolgt jeweils in Höhe des Erfüllungsbetrags, der nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung erforderlich ist, um zukünftige Zahlungsverpflichtungen abzudecken. Rückstellungen mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr werden mit dem durchschnittlichen Marktzinssatz der vergangenen sieben Geschäftsjahre, der von der Deutschen Bundesbank ermittelt und bekannt gegeben wird, abgezinst.

Rückstellungen für bergbauliche Verpflichtungen werden mit dem Barwert der zukünftig zu erwartenden Aufwendungen bewertet. Die Aufwendungen werden auf Basis von Erfahrungswerten der Vergangenheit (sofern vorhanden) ermittelt, um dem tatsächlichen Risiko Rechnung zu tragen. Für Verpflichtungen mit einer Laufzeit unter 50 Jahren werden bei der Barwertermittlung die von der Bundesbank veröffentlichten fristenkongruenten Diskontierungssätze verwendet und eine jährliche Preissteigerungsrate in Höhe von 2,0 % (2023: 2,0 %) zu Grunde gelegt. Bergbauliche Verpflichtungen mit einer Laufzeit von mehr als 50 Jahren werden wie im Vorjahr weiterhin mit dem so zum 31. Dezember 2017 ermittelten Zinssatz in Höhe von 2,75 % p.a. diskontiert. Diese Vorgehensweise trägt dem Umstand Rechnung, dass die gesetzliche in § 253 Abs. 2 HGB i. V. m. der RückAbzinsV normierte Regelung ihren Sinn und Zweck nach bei anhaltender Niedrigzinsphase nicht mehr sinnvoll auf so genannte Ewigkeitslasten anwendbar ist. Parallel dazu wird jährlich auf Basis der von der Bundesbank veröffentlichten Zinssätze mit 50-jähriger Restlaufzeit seit Beginn der Veröffentlichungen deren langfristiger Zinsdurchschnitt ermittelt. Eine Anpassung erfolgt, sofern der langfristige Zinsdurchschnitt unter den Zinssatz vom 31. Dezember 2017 sinkt.

Die Rückstellungen für Dienstjubiläen werden für die zurückgelegten Dienstzeiten nach versicherungsmathematischen Grundsätzen auf der Grundlage des modifizierten Teilwertverfahrens ermittelt. Die Ermittlung des Erfüllungsbetrags von Verpflichtungen aus Langzeitkonten erfolgt nach dem Barwertverfahren.

Die Verpflichtungen für Langzeitkonten und Jubiläen werden mit dem von der Deutschen Bundesbank ermittelten durchschnittlichen Marktzinssatz der letzten sieben Jahre abgezinst, der sich bei einer pauschal angenommenen Restlaufzeit von 15 Jahren ergibt. Zum Abschlussstichtag ergibt sich ein Rechnungszins in Höhe von 1,96 % p.a. (2023: 1,74 % p.a.). Die Sterbewahrscheinlichkeiten und Fluktuation basieren (unverändert zum Vorjahr) auf den Heubeck'schen Sterbetafeln (RT 2018 G). Der Ausweis von Effekten aus Änderungen des Zinssatzes für Verpflichtungen aus Jubiläen und Langzeitkonten erfolgt im Finanzergebnis.

Der für Verpflichtungen für Jubiläen angenommene Gehaltstrend beträgt 2,0 % p.a. (2023: 2,0 % p.a.) und bis zum Alter von 50 Jahren wird zusätzlich ein erwarteter Karrieretrend von 1,0 % p.a. (2023: 1,0 % p.a.) berücksichtigt. Die Fluktuation beträgt 2,97 % p.a. (2023: 3,05 % p.a.).

Die für Verpflichtungen für Langzeitkonten angenommene Fluktuation beträgt 3,94 % p.a. (2023: 4,24 % p.a.) und die Verzinsung der Wertguthaben 2,0 % p.a. (2023: 2,0 % p.a.).

VERBINDLICHKEITEN

Verbindlichkeiten werden zum Erfüllungsbetrag angesetzt.

PASSIVER RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Der Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet Agien aus der Aufnahme von Verbindlichkeiten.

LATENTE STEUERN

Latente Steuern werden für zeitliche Unterschiede zwischen handelsrechtlichen und steuerlichen Wertansätzen von Vermögensgegenständen, Schulden und Rechnungsabgrenzungsposten gebildet. Hierbei werden bei der K+S Aktiengesellschaft neben Unterschieden bei eigenen Bilanzpositionen auch Ansatz- und Bewertungsunterschiede bei Organgesellschaften berücksichtigt. Verlust- und Zinsvorträge werden berücksichtigt, insoweit eine Verrechnung mit steuerpflichtigem Einkommen innerhalb der nächsten fünf Jahre realisierbar ist. Bei der Bewertung der latenten Steuern wird der kombinierte Ertragsteuersatz des Organkreises der K+S Aktiengesellschaft in Höhe von 30,2 % zu Grunde gelegt. Dieser enthält neben der Körperschaftsteuer von 15,0 % und dem darauf zu entrichtenden Solidaritätszuschlag von 5,5 % den durchschnittlichen Gewerbesteuersatz in Höhe von 14,4 %.

Eine sich insgesamt ergebende Steuerbelastung wird in der Bilanz als passive latente Steuer angesetzt. Im Falle einer insgesamt bestehenden Steuerentlastung wird vom Aktivierungswahlrecht des § 274 Abs. 1 Satz 2 HGB kein Gebrauch gemacht.

Passive Unterschiedsbeträge ergeben sich zum Abschlussstichtag insbesondere aus Bewertungsunterschieden im Anlagevermögen sowie im Bereich Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände. Aktive Unterschiedsbeträge resultieren im Wesentlichen aus Buchwertunterschieden bei den sonstigen Rückstellungen (insbesondere: bergbaulichen Rückstellungen) und Pensionsverpflichtungen. Nach Saldierung der aktiven und passiven Unterschiedsbeträge verbleibt im Berichtsjahr ein Aktivüberhang, der in der Bilanz nicht angesetzt wurde.

STEUERN VOM EINKOMMEN UND VOM ERTRAG

Der tatsächliche Steueraufwand nach dem Mindeststeuergesetz für das Geschäftsjahr 2024 beläuft sich auf 0,6 Mio. €.

BEWERTUNGSEINHEITEN UND DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Es wurden im Geschäftsjahr - wie im Vorjahr - keine Bewertungseinheiten i.S.v. § 254 HGB gebildet. Die Bilanzierung von derivativen Finanzinstrumenten erfolgt in Übereinstimmung mit den allgemeinen handelsrechtlichen Bilanzierungsgrundsätzen imparitätisch. Aktivische derivative Finanzinstrumente werden maximal zu den Anschaffungskosten bilanziert. Sofern der Zeitwert unter den Anschaffungskosten liegt, erfolgt eine Abwertung auf den niedrigeren beizulegenden Zeitwert. Bei negativem beizulegenden Zeitwert wird eine Rückstellung für drohende Verluste gebildet. Passivische derivative Finanzinstrumente werden mindestens in Höhe der erhaltenen Stillhalterprämie angesetzt. Soweit der negative beizulegende Zeitwert die passivierte Verbindlichkeit übersteigt, wird eine Rückstellung für drohende Verluste gebildet.

UMRECHNUNG VON FREMDWÄHRUNGSBETRÄGEN

Die Anschaffungskosten von Vermögensgegenständen aus Bezügen in fremder Währung und die Erlöse aus Verkäufen in fremder Währung werden zu Euro-Referenzkursen im Zeitpunkt der Entstehung erfasst.

Verbindlichkeiten in Fremdwährung, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag bewertet. Alle übrigen Fremdwährungsverbindlichkeiten werden mit ihrem Umrechnungskurs bei Entstehung oder dem höheren Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag bewertet.

Forderungen in Fremdwährung, deren Restlaufzeit nicht mehr als ein Jahr beträgt, werden mit dem Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag bewertet. Alle übrigen Fremdwährungsforderungen werden mit ihrem Umrechnungskurs bei Entstehung oder dem niedrigeren Devisenkassamittelkurs am Abschlussstichtag bewertet.

ERLÄUTERUNGEN ZUR GEWINN- UND VERLUSTRECHNUNG

(1) UMSATZERLÖSE

Angaben in Mio. €	2023	2024
IT	45,4	48,6
Tierhygiene	64,4	61,6
Sonstiges	54,0	55,5
Umsatz	163,8	165,7

UMSATZ NACH REGIONEN

Angaben in Mio. €	2023	2024
Inland	156,4	158,1
Übriges Europa	2,5	2,8
Übersee	4,9	4,8
Umsatz	163,8	165,7

(2) SONSTIGE BETRIEBLICHE ERTRÄGE

Sonstige betriebliche Erträge	66,6	36,4
Übrige Erträge	4,6	6,0
Erträge aus Abgängen von Sachanlagen	_	0,1
Buchgewinne aus dem Abgang von Wertpapieren	0,3	0,2
Erträge aus der Auflösung von Rückstellungen	2,4	2,9
Erträge aus Währungsumrechnung	12,6	8,9
Erträge aus Kurssicherungsgeschäften	46,7	18,3
Angaben in Mio. €	2023	2024

Erträge in Höhe von 7,1 Mio. € (2023: 4,0 Mio. €) sind anderen Geschäftsjahren zuzurechnen und ergeben sich im Wesentlichen aus Entschädigungen von Versicherungen in Höhe von 2,8 Mio. € (2023: 0,0 Mio. €), die in den übrigen Erträgen ausgewiesen werden sowie aus Auflösungen von Rückstellungen, die in Höhe von 1,7 Mio. € (2023: 0,2 Mio. €) bergbauliche Rückstellungen betreffen.

(3) SONSTIGE BETRIEBLICHE AUFWENDUNGEN

Angaben in Mio. €	2023	2024
Aufwendungen für stillgelegte Werke	45,6	34,0
Aufwendungen aus Kurssicherungsgeschäften	46,2	16,7
Außerplanmäßige Abschreibung auf immaterielle Vermögensgegenstände		12,5
Aufwendungen für Beratungskosten	4,7	10,2
Aufwendungen aus Währungsumrechnung	17,6	7,2
Aufwendungen für Altersvorsorge	2,6	6,7
Verluste aus dem Abgang von Wertpapieren	2,0	_
Verluste aus dem Abgang von Sachanlagen	0,6	0,1
Aufwendungen für Wohnungswirtschaft	0,4	_
Übrige Aufwendungen	15,4	16,6
Sonstige betriebliche Aufwendungen	135,1	103,9

Aufwendungen in Höhe von 5,3 Mio. € (2023: 2,8 Mio. €) sind anderen Geschäftsjahren zuzurechnen und resultieren unter anderem aus erfolgsabhängiger Vergütung und Steuern für Vorjahre. Die außerplanmäßigen Abschreibungen betreffen Implementierungskosten für Software, die aufgrund eines Wechsels der Umsetzungsvariante (on Premise zu Cloud) abgeschrieben wurden.

(4) BETEILIGUNGSERGEBNIS

Angaben in Mio. €	2023	2024
Erträge aus Gewinnabführung	83,7	133,8
Erträge aus Beteiligungen	83,7	133,8
Beteiligungsergebnis	83,7	133,8

Es bestehen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge mit verbundenen Unternehmen, die eine Ergebnisübernahme beinhalten.

Die Erträge aus der Gewinnabführung setzen sich aus der Ergebnisabführung der K+S Minerals and Agriculture GmbH, der K+S Holding GmbH, der K+S Beteiligungs GmbH, der K+S Versicherungsvermittlungs GmbH und der Wohnbau Salzdetfurth GmbH zusammen. Im Berichtsjahr resultieren wie im Vorjahr unwesentliche übrige Beteiligungserträge aus der Dividendenzahlung der Lehrter Wohnungsbau GmbH. Aufwendungen aus Verlustübernahme gab es wie im Vorjahr nicht.

(5) ZINSERGEBNIS

Angaben in Mio. €	2023	2024
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	28,2	23,8
davon aus verbundenen Unternehmen	16,4	11,9
Zinsaufwand in den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen saldiert mit Erträgen/Aufwendungen aus dem Deckungsvermögen	9,4	1,1
davon Zinsaufwand und Zinsänderung in den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen	-1,9	-1,0
davon Ertrag (+)/Aufwand (-) aus dem Deckungsvermögen für Pensionsrückstellungen	11,3	2,1
Zinsaufwand in den Zuführungen zu Rückstellungen für Langzeitkonten saldiert mit Erträgen/Aufwendungen aus dem Deckungsvermögen	0,4	0,5
davon Zinsaufwand und Zinsänderung in den Zuführungen zu Rückstellungen für Langzeitkonten	0,1	0,0
davon Ertrag (+)/Aufwand (-) aus dem Deckungsvermögen für Rückstellungen für Langzeitkonten	0,3	0,4
Erträge aus der Abzinsung sonstiger langfristiger Rückstellungen	3,8	1,8
Sonstige Zinsen und ähnliche Erträge	41,8	27,1
Aufwendungen aus der Aufzinsung sonstiger langfristiger Rückstellungen	-0,2	-0,2
Übrige Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-137,7	-155,9
davon an verbundene Unternehmen	-123,7	-133,4
Zinsen und ähnliche Aufwendungen	-137,9	-156,1
Zinsergebnis	-96,1	-129,0

(6) STEUERN

Angaben in Mio. €	2023	2024
Steuern vom Einkommen und vom Ertrag	52,5	0,1
Sonstige Steuern	0,9	2,3
Steuern	53,5	2,4

In den Steuern sind Aufwendungen in Höhe von 1,3 Mio. € enthalten, die Vorjahre betreffen (2023: 3,6 Mio. €). Die sonstigen Steuern in Höhe von 2,3 Mio. € (2023: 0,9 Mio. €) sind den betrieblichen Funktionsbereichen zugeordnet.

(7) MATERIALAUFWAND

Angaben in Mio. €	2023	2024
Aufwendungen für Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe und für bezogene Waren	42,2	40,4
Aufwendungen für bezogene Leistungen	65,1	70,6
Materialaufwand	107,3	111,1

(8) PERSONALAUFWAND

Angaben in Mio. €	2023	2024
Löhne und Gehälter	70,4	76,3
Soziale Abgaben	14,1	12,4
Altersversorgung	2,6	7,9
Personalaufwand	87,1	96,6

Die Aufwendungen für Altersversorgung enthalten nicht den Zinsanteil in den Zuführungen zu Pensionsrückstellungen. Dieser wird als Zinsaufwand im Zinsergebnis ausgewiesen.

ERLÄUTERUNGEN ZUR BILANZ

(9) ANLAGEVERMÖGEN

	Brutto- buchwerte					Abschrei- bungen					Netto- buchwerte	Netto- buchwerte
Angaben in Mio. €	Stand am 01.01.2024	Zugänge	Abgänge	Umbuchungen	Stand am 31.12.2024	Stand am 01.01.2024	Zugänge	Zugänge außerplan- mäßig	Abgänge	Stand am 31.12.2024	Stand am 31.12.2024	Stand am 31.12.2023
Entgeltlich erworbene Konzessionen, gewerbliche Schutzrechte und ähnliche Rechte und Werte sowie Lizenzen an												
solchen Rechten und Werten	20,0	0,5	-4,3	0,6	16,8	-15,0	-3,3		4,3	-14,0	2,8	5,0
Geleistete Anzahlungen	5,9	10,9	_	-0,6	16,1		_	-12,5	_	-12,5	3,7	5,9
Immaterielle Vermögensgegenstände	25,8	11,4	-4,3	_	33,0	-15,0	-3,3	-12,5	4,3	-26,5	6,5	10,9
Grundstücke, grundstücksgleiche Rechte und Bauten einschließlich der Bauten auf fremden Grundstücken	52,5		-0,1	0,1	52,6	-20,3	-1,1			-21,3	31,2	32,2
Technische Anlagen und Maschinen	66,4	3,8	-0,3	4,0	73,9	-44,5	-3,1		0,3	-47,4	26,5	21,9
Andere Anlagen, Betriebs- und Geschäftsausstattung	48,7	3,2	-2,1	0,3	50,0	-37,2	-5,4		2,1	-40,5	9,5	11,5
Geleistete Anzahlungen und Anlagen im Bau	7,6	3,4	_	-4,4	6,5		_		_	_	6,5	7,6
Sachanlagen	175,1	10,4	-2,5		183,0	-102,1	-9,6		2,4	-109,3	73,7	73,1
Anteile an verbundenen Unternehmen	6.272,2		-0,2		6.272,0						6.272,0	6.272,2
Beteiligungen	1,4	_	_		1,4		_		_		1,4	1,4
Wertpapiere des Anlagevermögens	147,8	63,0	-210,8								_	147,8
Finanzanlagen	6.421,3	63,0	-211,0		6.273,4		_		_	_	6.273,4	6.421,3
Anlagevermögen	6.622,3	84,8	-217,7		6.489,4	-117,1	-12,9	-12,5	6,7	-135,8	6.353,6	6.505,2

(10) FINANZANLAGEN

Die Aufstellung über den Anteilsbesitz gemäß § 285 Nr. 11 und 11b HGB ist gesondert in der Anmerkung "Aufstellung des Anteilsbesitzes" dargestellt.

Die Anteile werden mindestens einmal jährlich von den gesetzlichen Vertretern auf Werthaltigkeit überprüft. Die Ableitung der beizulegenden Zeitwerte erfolgt unter Verwendung von Ertragswert- oder Discounted Cash Flow-Verfahren. Soweit es sich um Anteile an Holdinggesellschaften handelt, basieren deren beizulegende Zeitwerte auf den entsprechend ermittelten Werten der von diesen Gesellschaften gehaltenen Beteiligungen. Im Fall von zur Veräußerung bestimmten Beteiligungen wird der beizulegende Zeitwert aus vereinbarten Verkaufspreisen abgeleitet.

(11) VORRÄTE

Angaben in Mio. €	2023	2024
Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffe	2,4	2,5
Unfertige Erzeugnisse	1,4	2,5
Vorräte	3,8	5,0

(12) FORDERUNGEN UND SONSTIGE VERMÖGENSGEGENSTÄNDE

Angaben in Mio. €	2023	2024
Forderungen aus Lieferungen und Leistungen	26,4	23,9
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr		-
Forderungen gegen verbundene Unternehmen	371,1	226,7
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr	_	_
Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht	0,1	0,2
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr		_
Sonstige Vermögensgegenstände	61,3	80,4
davon mit einer Restlaufzeit von mehr als 1 Jahr		_
Forderungen und sonstige Vermögensgegenstände	458,8	331,2

Von den Forderungen gegen verbundene Unternehmen entfallen 84,5 Mio. € (2023: 276,1 Mio. €) auf Forderungen aus dem konzerninternen Zahlungsverkehr und 133,8 Mio. € (2023: 83,7 Mio. €) auf Forderungen aus Ergebnisabführung. Wie im Vorjahr resultiert ein unwesentlicher Betrag der Forderungen aus Forderungen aus Beteiligungserträgen.

Unter Berücksichtigung der Forderungen gegen Unternehmen, mit denen ein Beteiligungsverhältnis besteht, betreffen sie in Höhe von 8,4 Mio. € (2023: 11,4 Mio. €) Lieferungen und Leistungen.

(13) AKTIVER RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Der aktive Rechnungsabgrenzungsposten beinhaltet zum Stichtag Disagien i.S.v. § 250 Abs. 3 HGB in Höhe von 3,8 Mio. € (2023: 0 €).

(14) EIGENKAPITAL

GEZEICHNETES KAPITAL

Das gezeichnete Kapital zum 31. Dezember 2024 beträgt 179,1 Mio. € (2023: 179,1 Mio. €) und ist in 179,1 Mio. auf Namen lautende nennwertlose Stückaktien aufgeteilt. Der rechnerische Wert beträgt 1,00 € je Aktie.

Entsprechend dem Beschluss der Hauptversammlung vom 14. Mai 2024 wurde der Vorstand ermächtigt, bis zum 13. Mai 2029 eigene Aktien bis zu 10% des Grundkapitals zu erwerben. Die von der Hauptversammlung vom 10. Juni 2020 erteilte Ermächtigung des Vorstands zum Erwerb eigener Aktien wird aufgehoben. Im Geschäftsjahr 2024 hat die K+S Aktiengesellschaft von der Ermächtigung keinen Gebrauch gemacht.

Auf Basis der Ermächtigung durch die Hauptversammlung vom 10. Juni 2020, bis zum 9. Juni 2025 bis zu 10 % des Grundkapitals zurückkaufen zu können, hat der Aufsichtsrat am 14. März 2023 dem Beschluss des Vorstands vom 9. März 2023 zugestimmt, bis zu 19.140.000 eigene Aktien bis zu einem maximalen Gesamtbetrag in Höhe von 200 Mio. € zurückzukaufen und anschließend einzuziehen.

Der Rückkauf der Aktien über die Börse begann am 16. Mai 2023 und wurde im November 2023 abgeschlossen. Insgesamt wurden aus dem Aktienrückkaufprogramm 12,3 Millionen eigene Aktien für rund 198,6 Mio. € (ohne Transaktionskosten) zurückerworben. Dies entspricht einem gewichteten durchschnittlichen Börsenpreis von 16,15 € je Aktie. Aufgrund vertraglicher Vereinbarungen mit dem für das Aktienrückkaufprogramm beauftragten Kreditinstitut hat K+S eine Erstattung von rund 1,2 Mio. € erhalten, die als sonstiger betrieblicher Ertrag erfasst wurde.

Der Erwerb erfolgte über die Börse im Xetra-Handel der Deutschen Börse AG sowie über europäische multilaterale Handelssysteme.

Die Einziehung der Aktien ist im Dezember 2023 im vereinfachten Kapitalherabsetzungsverfahren erfolgt. Der aus der Kapitalherabsetzung gewonnene Betrag von 12,3 Mio. € wurde in die Kapitalrücklage eingestellt.

Insgesamt reduzierte sich die Gewinnrücklage durch den Aktienrückkauf und der anschließenden Einziehung im Vorjahr um 198,6 Mio. €.

GENEHMIGTES KAPITAL

Zum 31. Dezember 2024 verfügte die Gesellschaft über genehmigtes Kapital von insgesamt nominal 76.560.000,00 €, das in Teilbeträgen und durch Ausgabe von bis zu 76.560.000 auf Namen lautenden Stückaktien ausgegeben werden kann.

Der Vorstand wurde am 10. Juni 2020 von der Hauptversammlung ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 9. Juni 2025 einmal oder mehrmals, insgesamt jedoch um höchstens 38.280.000,00 € durch Ausgabe von höchstens 38.280.000 neuen, auf Namen lautende Stückaktien zu erhöhen (genehmigtes Kapital).

Am 12. Mai 2021 wurde der Vorstand ermächtigt, mit Zustimmung des Aufsichtsrats das Grundkapital der Gesellschaft bis zum 11. Mai 2026 einmal oder mehrmals, insgesamt jedoch um höchstens 38.280.000,00 € durch Ausgabe von höchstens 38.280.000 neuen, auf Namen lautende Stückaktien zu erhöhen (genehmigtes Kapital II).

Im Geschäftsjahr 2024 hat die K+S Aktiengesellschaft von den Ermächtigungen keinen Gebrauch gemacht.

BEDINGTES KAPITAL

Das Grundkapital ist um bis zu 19.140.000,00 € durch Ausgabe von bis zu 19.140.000 auf Namen lautenden Stückaktien bedingt erhöht (bedingtes Kapital).

Der Vorstand ist ermächtigt, bis zum 9. Juni 2025 mit Zustimmung des Aufsichtsrats einmalig oder mehrmals auf den Inhaber und/ oder auf Namen lautende Wandel- und/oder Optionsschuldverschreibungen (Schuldverschreibungen) zu begeben und den Inhabern bzw. Gläubigern von Schuldverschreibungen Wandlungsrechte oder -pflichten bzw. Optionsrechte auf Aktien der Gesellschaft mit einem anteiligen Betrag des Grundkapitals von bis zu insgesamt 19.140.000,00 € zu gewähren bzw. aufzuerlegen.

Im Geschäftsjahr 2024 hat die K+S Aktiengesellschaft von den Ermächtigungen keinen Gebrauch gemacht.

ANGABEN ZU EIGENEN ANTEILEN

Die Gesellschaft hielt im Geschäftsjahr sowie auch im Vorjahr keine eigenen Anteile.

KAPITALRÜCKLAGE

Angaben in Mio. €	2023	2024
Stand am 1. Januar	701,6	713,9
Einstellung in die Kapitalrücklage nach §237 Abs. 5 AktG	12,3	_
Stand am 31. Dezember	713,9	713,9

ANDERE GEWINNRÜCKLAGEN

Angaben in Mio. €	2023	2024
Stand am 1. Januar	1.824,3	1.446,5
Differenzbetrag aus der Veräußerung eigener Anteile	-198,6	_
Einstellung gemäß Beschluss der Hauptversammlung	113,7	_
Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen	-292,8	-125,4
Stand am 31. Dezember	1.446,5	1.321,1

BILANZGEWINN

Angaben in Mio. €	2023	2024
Bilanzgewinn am 1. Januar	305,1	125,4
Dividendenausschüttung für das Vorjahr	-191,4	-125,4
Einstellung in andere Gewinnrücklagen (Beschluss der Hauptversammlung)	-113,7	_
Jahresfehlbetrag	-167,4	-98,5
Entnahme aus anderen Gewinnrücklagen	292,8	125,4
Bilanzgewinn am 31. Dezember	125,4	26,9

(15) RÜCKSTELLUNGEN FÜR PENSIONEN UND ÄHNLICHE VERPFLICHTUNGEN

Bei den Rückstellungen für Pensionen und ähnliche Verpflichtungen bestehen keine Fehlbeträge. Im Rahmen des Bilanzausweises werden Pensionsrückstellungen mit Vermögensgegenständen, die dem Zugriff aller Gläubiger entzogen sind und ausschließlich der Erfüllung von Pensionsverpflichtungen dienen, verrechnet.

Der Erfüllungsbetrag der Pensionen und ähnlichen Verpflichtungen (ohne Berücksichtigung von Verpflichtungen aus Entgeltumwandlungen von Arbeitnehmern) beträgt zum Abschlussstichtag 153,3 Mio. € (2023: 153,9 Mio. €). Verrechnet mit dem beizulegenden Zeitwert des Deckungsvermögens in Höhe von 151,4 Mio. € (2023: 154,3 Mio. €) ergibt sich eine Rückstellungsverpflichtung in Höhe von 1,9 Mio. € (Vorjahr: aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung: 0,3 Mio. €). Des Weiteren bestehen Verpflichtungen aus Entgeltumwandlungen von Arbeitnehmern ("deferred compensation") in Höhe von 2,6 Mio. € (2023: 2,5 Mio. €), die durch kongruente Versicherungsverträge rückgedeckt sind. Der Erfüllungsbetrag wurde vollständig mit dem beizulegenden Zeitwert der Versicherungsverträge in Höhe von 2,6 Mio. € (2023: 2,5 Mio. €) verrechnet. Die verrechneten Aufwendungen und Erträge sind in Punkt (5) Zinsergebnis dargestellt.

Aufgrund einer Gesetzesänderung im März 2016 ist der Durchschnittszeitraum, der für die Ermittlung der Höhe des Rechnungszinses bei Rückstellungen für Altersversorgungsverpflichtungen maßgebend ist, von 7 auf 10 Jahre angehoben worden. Zum 31. Dezember 2024 liegt der 10 Jahreszins unter dem 7 Jahreszins woraus sich ein negativer Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB in Höhe von -1,2 Mio. € ergibt (2023: positiver Unterschiedsbetrag 1,7 Mio. €).

Das Deckungsvermögen umfasst Wertpapiere, Rückdeckungsversicherungsverträge und Guthaben bei Kreditinstituten. Die Wertpapiere sind mit ihren Marktpreisen und Guthaben bei Kreditinstituten mit ihrem Nennwert zum Abschlussstichtag bewertet. Der beizulegende Zeitwert der Rückdeckungsversicherungsverträge wurde anhand des geschäftsplanmäßigen Deckungskapitals der Verträge zuzüglich eines ggf. vorhandenen Guthabens aus Überschussbeteiligung ermittelt. Die Anschaffungskosten des Deckungsvermögens betragen 153,2 Mio. € (2023: 153,8 Mio. €).

Die Bewertung der Rückdeckungsversicherungen erfolgt unter Anwendung des Passivprimats auf Basis des Anwartschaftsbarwertverfahrens (Projected Unit Credit Method). Dies führt zu einer besseren Sicht auf die Vermögens-, Finanz- und Ertragslage, da die Rückdeckungsversicherungen und der Teil der Pensionsverpflichtung, die durch die Rückdeckungsversicherungen finanziert wird, kongruent bewertet werden und damit der wirtschaftliche Nutzen der Rückdeckungsversicherung besser abgebildet wird. Die Sterbewahrscheinlichkeiten basieren auf den Heubeck'schen Sterbetafeln (RT 2018 G). Der Rechnungszins (gemäß Bundesbank; 15 Jahre Restlaufzeit gemäß Pauschalregelung) beträgt 1,90 % p.a. (Durchschnitt der letzten 10 Jahre) und der Rententrend 1,25 % p.a. – 3,35 % p.a.

(16) STEUER- UND SONSTIGE RÜCKSTELLUNGEN

Die Steuerrückstellungen betragen zum Stichtag 22,5 Mio. € (2023: 20,4 Mio. €) und umfassen Abgrenzungen für Körperschaft- und Gewerbesteuer.

Die sonstigen Rückstellungen beinhalten zum 31. Dezember 2024 bergbauliche Verpflichtungen in Höhe von 382,1 Mio. € (2023: 369,2 Mio. €). Rückstellungen für Personalverpflichtungen betrugen zum Stichtag 25,7 Mio. € (2023: 26,4 Mio. €).

RÜCKSTELLUNGEN FÜR LANGZEITKONTEN

Das Deckungsvermögen für Langzeitkonten umfasst Guthaben bei Kreditinstituten und Wertpapiere. Die Guthaben bei Kreditinstituten sind mit ihrem Nennwert in Höhe von 2,2 Mio. € (2023: 1,3 Mio. €) zum Abschlussstichtag bewertet. Die zum Marktpreis bewerteten Wertpapiere betragen zum Abschlussstichtag 5,2 Mio. € (2023: 3,5 Mio. €). Der beizulegende Zeitwert des Deckungsvermögens beträgt 7,5 Mio. € (2023: 4,7 Mio. €). Die Anschaffungskosten des Deckungsvermögens betragen 6,9 Mio. € (2023: 4,5 Mio. €).

Angaben in Mio. €	2023	2024
Erfüllungsbetrag der Verpflichtungen aus Langzeitkonten	4,9	6,3
Beizulegender Zeitwert des Deckungsvermögens	4,7	7,5
Aktiver Unterschiedsbetrag aus Vermögensverrechnung für Langzeitkonten (+) / Rückstellung für		
Langzeitkonten (-)	-0,2	1,2

(17) VERBINDLICHKEITEN

Angaben in Mio. €	2023	2024
Anleihen	277,6	500,0
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	36,1	_
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	13,9	12,0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3.714,1	3.698,7
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	7,4	6,6
Sonstige Verbindlichkeiten	83,6	16,7
davon aus Steuern	7,4	1,0
Verbindlichkeiten	4.132,8	4.234,0

Von den Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen entfallen 3.656,1 Mio. € (2023: 3.672,8 Mio. €) auf Verbindlichkeiten aus der konzerninternen Finanzierung. Verbindlichkeiten aus Verlustübernahme gab es zum Stichtag wie auch im Vorjahr nicht. In Höhe von 42,6 Mio. € (2023: 41,3 Mio. €) betreffen die Verbindlichkeiten Lieferungs- und Leistungsbeziehungen.

Die Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit bis zu einem Jahr betreffen:

Angaben in Mio. €	2023	2024
Anleihen	277,6	_
Verbindlichkeiten gegenüber Kreditinstituten	36,1	_
Verbindlichkeiten aus Lieferungen und Leistungen	13,9	12,0
Verbindlichkeiten gegenüber verbundenen Unternehmen	3.714,1	3.698,7
Erhaltene Anzahlungen auf Bestellungen	7,4	6,6
Sonstige Verbindlichkeiten	79,6	13,5
Verbindlichkeiten < 1 Jahr	4.128,8	3.730,8

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als einem Jahr beziehen sich auf:

Angaben in Mio. €	2023	2024
Anleihen	=	500,0
Sonstige Verbindlichkeiten	4,0	3,2
Verbindlichkeiten > 1 Jahr < 5 Jahre	4,0	503,2

Verbindlichkeiten mit einer Restlaufzeit von mehr als fünf Jahren bestehen - wie im Vorjahr - zum Stichtag nicht.

(18) PASSIVER RECHNUNGSABGRENZUNGSPOSTEN

Zum Stichtag gibt es wie im Vorjahr keinen passiven Rechnungsabgrenzungsposten.

SONSTIGE ANGABEN

(19) HAFTUNGSVERHÄLTNISSE UND SONSTIGE FINANZIELLE VERPFLICHTUNGEN

Angaben in Mio. €	2023	2024
Verbindlichkeiten aus Bürgschaften und sonstigen Garantien	681,1	746,9
davon für verbundene Unternehmen	675,5	741,7
Haftungsverhältnisse	681,1	746,9

Das Risiko einer Inanspruchnahme aus den Haftungsverhältnissen wurde auf Basis der zum Zeitpunkt der Bilanzaufstellung bestehenden Erkenntnisse über die wirtschaftlichen Verhältnisse sowie der aktuellen Mittelfristplanung der Tochterunternehmen als gering eingestuft.

Sonstige finanzielle Verpflichtungen	60,9	44,2
davon an verbundene Unternehmen		_
fällig im 2. bis 5. Jahr	40,5	28,5
davon an verbundene Unternehmen		_
fällig im Folgejahr	16,8	14,1
Verpflichtungen aus langfristigen Miet-, Leasing- und Serviceverträgen		
Verpflichtungen aus noch nicht abgeschlossenen Investitionen	3,6	1,6
Angaben in Mio. €	2023	2024

Bei den Mietverträgen handelt es sich um sog. Operating-Lease Verträge, die zu keiner Bilanzierung der Objekte bei der Gesellschaft führen. Der Vorteil dieser Verträge liegt in der geringeren Kapitalbindung im Vergleich zum Erwerb und im Wegfall des Verwertungsrisikos. Risiken könnten sich aus der Vertragslaufzeit ergeben, sofern die Objekte nicht mehr vollständig genutzt werden könnten, wozu es derzeit keine Anzeichen gibt.

Es bestehen Beherrschungs- und Ergebnisabführungsverträge mit verbundenen Unternehmen, die auch eine Verlustübernahme beinhalten.

(20) ARBEITNEHMER

Jahresdurchschnitt	2023	2024
Tarifliche Mitarbeiter	462	486
Außertarifliche Mitarbeiter	340	355
	802	841
Auszubildende	27	31
Arbeitnehmer	829	872

(21) DERIVATIVE FINANZINSTRUMENTE

Es wurden – wie im Vorjahr – im Geschäftsjahr keine Bewertungseinheiten i.S.v. § 254 HGB gebildet.

Am 31. Dezember 2024 wurden folgende Derivate gehalten:

Angaben in Mio. €	Nominalwerte ¹	Beizulegende Zeitwerte	Buchwerte ²
Devisentermingeschäfte USD-EUR mit Fälligkeit in 2025			
- positive beizulegende Zeitwerte	51,8	0,1	_

¹ Umgerechnet in Euro mit gewichteten Sicherungskursen.

Die ermittelten beizulegenden Zeitwerte entsprechen dem Wert bei vorzeitiger fiktiver Auflösung zum Abschlussstichtag. Die Ermittlung erfolgt auf Basis anerkannter, von den Marktteilnehmern üblicherweise angewandter, finanzmathematischer Methoden. Diesen Berechnungen liegen insbesondere die folgenden am Abschlussstichtag geltenden Parameter zugrunde:

- + die Devisenkassakurse der betreffenden Währungen
- + das Zinsniveau
- + die vereinbarten Sicherungsniveaus bzw. Ausübungskurse und
- + die gehandelten Volatilitäten

(22) ANGABEN ZU AUSSCHÜTTUNGSGESPERRTEN BETRÄGEN

Aus der Bewertung von Vermögensgegenständen zum beizulegenden Zeitwert (Deckungsvermögen) besteht zum Abschlussstichtag ein Ausschüttungssperrbetrag gem. § 268 Abs. 8 HGB in Höhe von 14,3 Mio. € (2023: 15,1 Mio. €). Der Unterschiedsbetrag nach § 253 Abs. 6 HGB ist zum 31. Dezember 2024 negativ und beträgt -1,2 Mio. € (2023: positiver Unterschiedsbetrag 1,7 Mio. €). Grund hierfür ist, dass der 10 Jahreszins für die Bewertung von Pensionsverpflichtungen zum Stichtag unter dem 7 Jahreszins liegt. Der negative Unterschiedsbetrag bleibt bei der Ermittlung der ausschüttungsgesperrten Beträge unberücksichtigt. Die frei verfügbaren Rücklagen übersteigen den ausschüttungsgesperrten Betrag.

(23) HONORARE ABSCHLUSSPRÜFER

Die K+S Aktiengesellschaft hat von der Befreiungsvorschrift des § 285 Nr. 17 HGB Gebrauch gemacht, da das Gesamthonorar des Abschlussprüfers im Konzernabschluss angegeben wird.

(24) GESAMTBEZÜGE DES AUFSICHTSRATS UND DES VORSTANDS

Angaben in Mio. €	2023	2024
Gesamtbezüge des Aufsichtsrats	1,9	1,9
davon fix	1,9	1,9
Gesamtbezüge des Vorstands	4,7	6,7
davon fix	2,1	3,0
davon erfolgsbezogen	0,8	1,7
davon LTI I	0,5	0,5
davon LTI II	1,2	1,5
Gesamtbezüge früherer Mitglieder des Vorstands und ihrer Hinterbliebenen	2,6	2,5
Pensionsrückstellungen für frühere Mitglieder des Vorstands und ihre Hinterbliebenen		56,7

² Ausgewiesen in der Position sonstige Rückstellungen.

(25) ENTSPRECHENSERKLÄRUNG ZUM DEUTSCHEN CORPORATE GOVERNANCE KODEX

Die Entsprechenserklärung gemäß § 161 AktG zu den Empfehlungen der "Regierungskommission Deutscher Corporate Governance Kodex" ist für 2024/2025 von Vorstand und Aufsichtsrat der K+S Aktiengesellschaft abgegeben und den Aktionären im Internetauftritt der K+S Gruppe (www.kpluss.com) zugänglich gemacht worden.

(26) AUFSTELLUNG DES ANTEILSBESITZES

Aufstellung des Anteilsbesitzes der K+S Aktiengesellschaft gemäß § 285 Nr. 11 und 11b HGB (Angaben in Tausend €):

Stand: 31. Dezember 2024

Stand: 31. Dezember 2024						
Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft		Kapitalanteil	Eigenkapital *	Jahresergebnis *	
4. K+S Verwaltungs GmbH	Kassel	Deutschland	100,00 %	322	7	
Beienrode Bergwerks-GmbH	Kassel	Deutschland	89,81 %	1.441	45	
Chemische Fabrik Kalk GmbH	Köln	Deutschland	100,00 %	19.164	612	
Deutscher Straßen-Dienst GmbH	Kassel	Deutschland	100,00 %	60	3.898	1)
esco international GmbH	Kassel	Deutschland	100,00 %	80.903	7.035	1)
Fachschule f. Wirtschaft und Technik Gem. GmbH	Clausthal	Deutschland	9,40 %	804	33	2)
Fertiva (Pty) Ltd.	Paarl	Südafrika	75,00 %	16.666	1.095	9)
Frisia Zout B.V.	Harlingen	Niederlande	100,00 %	74.437	1.887	9)
Grainpulse Limited	Kampala	Uganda	75,00 %	23.168	-604	3)
Ickenroth GmbH	Staudt	Deutschland	100,00 %	1.790	381	1)
K plus S Africa (Pty) Ltd.	Johannesburg	Südafrika	100,00 %	1	_	7)
KplusS Fertilizers Kenya Limited	Mombasa	Kenia	100,00 %	-3.313	-5.132	5)
K plus S Middle East FZE DMCC	Dubai	Vereinigte Arabische Emirate	100,00 %	17.060	8.718	9)
K plus S Minerals Spain S.L.	Barcelona	Spanien	100,00 %	2.021	184	9)
K plus S Salt Australia Pty Ltd	Perth	Australien	100,00 %	662	-13.865	9)
K+S AN-Instituts Verwaltungsgesellschaft mbH	Kassel	Deutschland	100,00 %	198	-24	
K+S Asia Pacific Pte. Ltd.	Singapur	Singapur	100,00 %	12.546	-18.089	9)
K+S Baustoffrecycling GmbH	Sehnde	Deutschland	50,00 %	4.642	-2.613	
K+S Benelux NV/SA	Diegem	Belgien	100,00 %	12.136	3.198	9)
K+S Beteiligungs GmbH	Kassel	Deutschland	100,00 %	1.423.895	43.094	1)
K+S Brasileira Fertilizantes e Produtos Industriais				11.120.070		
Ltda.	Sao Paulo	Brasilien	100,00 %	962	2.085	9)
K+S Canada Holdings Ltd.	Vancouver	Kanada	100,00 %	3.889.455	2.032	9)
K+S Czech Republic a.s.	Prag	Tschechische Republik	100,00 %	9.203	2.762	9)
K+S Fertilizers (India) Private Limited	Neu Delhi	Indien	100,00 %	10.085	2.023	9)
K+S Finance Ltd.	St. Julians	Malta	100,00 %	430.666		9)
K+S France S.A.S.	Reims	Frankreich	100,00 %	19.018	5.048	9)
K+S Holding GmbH	Kassel	Deutschland	100,00 %	4.453.316	49.963	1)
K+S Investments Ltd.	St. Julians	Malta	100,00 %	450.072	17.819	9)
K+S Italia S.r.L.	Verona	Italien	100,00 %	2.172	1.803	5)
K+S Legacy GP Inc.	Vancouver	Kanada	100,00 %	40		5)
K+S Minerals and Agriculture GmbH	Kassel	Deutschland	100,00 %	596.482	38.933	1)
K+S Minerals and Agriculture (Panama) S.A.	Panama City	Panama	100,00 %	3.659	3.360	9)
K+S Mining Argentina S.A.	Buenos Aires	Argentinien	100,00 %	-13		5)
K+S Netherlands Holding B.V.	Harlingen	Niederlande	100,00 %	3.116.067	-151	9)
K+S North America Corporation	Aurora	USA	100,00 %	12.241	9.835	9)
K+S Polska Sp. z o.o.	Poznan	Polen	100,00 %	2.927	573	5)

Stand: 31. Dezember 2024

Name der Gesellschaft	Sitz der Gesellschaft		Kapitalanteil	Eigenkapital *	Jahresergebnis *	
	Gesenschaft		Карпалаптен	Еідепкарітаі		
K+S Potash Canada General Partnership	Vancouver	Kanada	100,00 %	3.198.702	-77.948	9)
K+S Real Estate GmbH & Co KG	Kassel	Deutschland	10,10 %	17.820	1.893	
K+S Transição Gestão de Imóveis Ltda	Sao Paulo	Brasilien	100,00 %	12	-1	5)
K+S Ukraine LLC	Ternopil	Ukraine	10,00 %	-	_	8)
K+S UK & Eire Ltd.	Hertford	Großbritannien	100,00 %	303	62	5)
K+S Versicherungsvermittlungs GmbH	Kassel	Deutschland	100,00 %	25	1.739	1)
K+S Vorsorgegesellschaft Zielitz GmbH & Co. KG	Zielitz	Deutschland	100,00 %	14.083	83	
K+S Zielitz Vorsorge Verwaltungs GmbH	Zielitz	Deutschland	100,00 %	27	2	
Kali-Union Verwaltungsgesellschaft mbH	Kassel	Deutschland	100,00 %	67.159	43.919	1)
Lehrter Wohnungsbau GmbH	Lehrte	Deutschland	6,67 %	11.399	651	4)
modal 3 Logistik GmbH	Hamburg	Deutschland	33,33 %	1.123	145	4)
MSW-Chemie GmbH	Langelsheim	Deutschland	100,00 %	28.284	703	
Poldergemeinschaft Hohe Schaar	Hamburg	Deutschland	8,66 %	_	165	4)
Pristav Pardubice a.s.		Tschechische				
	Pardubice	Republik	0,41 %	738	-31	6)
REKS GmbH & Co. KG	Düsseldorf	Deutschland	50,00 %	67.100	19.216	
REKS Verwaltungs GmbH	Düsseldorf	Deutschland	50,00 %	16	-2	
Shenzhen K+S Trading Co. Ltd.	Shenzhen	China	100,00 %	10.945	445	9)
VATEL Companhia de Produtos Alimentares S.A.	Alverca	Portugal	100,00 %	2.185	461	9)
Wohnbau Salzdetfurth GmbH	Bad Salzdetfurth	Deutschland	100,00 %	1.820	61	1)
Zoll Pool Hamburg AG	Hamburg	Deutschland	1,43 %	1.006	152	4)

^{*} Umrechnung mit dem jeweiligen EZB-Stichtagskurs sofern die funktionale Währung nicht EUR ist.

 $^{^{1}\,}Beherrschungs-\,und\,Ergebnis ab f\"{u}hrungsvertrag\,\,mit\,\,Muttergesellschaft\,\,(Jahres\"{u}berschuss/-fehlbetrag\,\,vor\,\,Ergebnis ab f\"{u}hrung).$

 $^{^2\,\}mbox{Gesch\"{a}ftsjahr}$ vom 01.08. bis 31.07. - Jahresabschluss per 31.07.2024.

³ Jahresabschluss per 30.06.2024.

⁴ Jahresabschluss per 31.12.2022.

⁵ Jahresabschluss per 31.12.2023.

⁶ Jahresabschluss per 31.12.2019.

⁷ Inaktive Gesellschaften.

 $^{^{\}rm 8}$ Der Jahresabschluss lag zum Zeitpunkt der Aufstellung des Abschlusses nicht vor.

⁹ Angaben gem. IFRS.

(27) MITGLIEDER DES AUFSICHTSRATS IM GESCHÄFTSJAHR 2024

(Stand der Angaben zu weiteren Aufsichtsratsmandaten und Konrollgremien, sofern nicht anders ausgewiesen: 31. Dezember 2024)

Dr. rer. nat. Andreas Kreimeyer (Jahrgang 1955), Diplom-Biologe

Aufsichtsratsvorsitzender

Anteilseignervertreter (unabhängiges Mitglied)

Unternehmer (ehemaliges Mitglied des Vorstands und Sprecher der Forschung der BASF SE, Ludwigshafen)

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2025

Erstbestellung: 12. Mai 2015

Weitere Aufsichtsratsmandate:

+ K+S Minerals and Agriculture GmbH, Kassel (Vorsitzender, Konzernmandat)

Ralf Becker (Jahrgang 1965), Gewerkschaftssekretär

Stellv. Vorsitzender des Aufsichtsrats

Arbeitnehmervertreter

Landesbezirksleiter Nord der IG Bergbau, Chemie, Energie, Hannover

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2028

Erstbestellung: 1. August 2009

Weitere Aufsichtsratsmandate:

- + Continental Reifen Deutschland GmbH, Hannover (stellv. Vorsitzender)
- + K+S Minerals and Agriculture GmbH, Kassel (stellv. Vorsitzender, Konzernmandat)

Konzerngesellschaften des Shell-Konzerns:

- + Deutsche Shell Holding GmbH, Hamburg
- + Shell Deutschland GmbH, Hamburg

Thomas Kölbl (Jahrgang 1962), Diplom-Kaufmann

Stelly. Vorsitzender des Aufsichtsrats

Anteilseignervertreter (unabhängiger Finanzexperte mit Sachverstand auf den Gebieten Rechnungslegung und Abschlussprüfung)

Selbständiger Berater (bis 31. Mai 2024 Finanzvorstand der Südzucker AG, Mannheim)

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2026

Erstbestellung: 10. Mai 2017

Weitere Aufsichtsratsmandate:

+ K+S Minerals and Agriculture GmbH, Kassel (Konzernmandat)

Konzerngesellschaften der Südzucker Group:

+ CropEnergies AG, Mannheim¹ (Mitglied des Aufsichtsrats) (bis 16. Juli 2024)

Weitere Kontrollgremien:

Konzerngesellschaften der Südzucker Group:

- + Freiberger Holding GmbH, Berlin (Mitglied des Beirats) (bis 29. Februar 2024)
- + Südzucker Versicherungs-Vermittlungs-GmbH, Mannheim (Vorsitzender des Beirats) (bis 29. Februar 2024)

¹ Die Notierung der CropEnergies AG an der Frankfurter Wertpapierbörse wurde mit Ablauf des 28. Februar 2024 eingestellt.

Petra Adolph (Jahrgang 1964), Master in Politik- und Literaturwissenschaften Arbeitnehmervertreterin

Stellv. Landesbezirksleiterin Nord der IG Bergbau, Chemie, Energie, Hannover

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2028 Erstbestellung: 15. Mai 2018

Weitere Aufsichtsratsmandate:

- + CEWE Stiftung & Co. KGaA, Oldenburg²
- + K+S Minerals and Agriculture GmbH, Kassel (Konzernmandat)

André Bahn (Jahrgang 1968), Elektromonteur

Arbeitnehmervertreter

Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der K+S Gruppe

Vorsitzender des Betriebsrats des Werks Werra, K+S Minerals and Agriculture GmbH, Kassel

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2028

Erstbestellung: 15. Mai 2018

Weitere Aufsichtsratsmandate:

+ K+S Minerals and Agriculture GmbH, Kassel (Konzernmandat)

Carl-Albrecht Bartmer (Jahrgang 1961), Diplom-Agraringenieur Anteilseignervertreter (unabhängiges Mitglied)

Unternehmer/Landwirt

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2028

Erstbestellung: 23. Januar 2024³

Weitere Aufsichtsratsmandate:

- + CLAAS KGaA mbH, Harsewinkel
- + K+S Minerals and Agriculture GmbH, Kassel (Konzernmandat) (seit 19. Juni 2024)
- + Vereinigte Hagelversicherung WaG, Gießen

Weitere Kontrollgremien:

+ Nordsaat Saatzucht GmbH, Langenstein (Vorsitzender des Aufsichtsrats)

Prof. Dr. Elke Eller (Jahrgang 1962), Diplom-Volkswirtin

Anteilseignervertreterin (unabhängiges Mitglied)

Professorin, Investorin (ehemaliges Mitglied des Vorstands der TUI Aktiengesellschaft, Hannover)

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2027

Erstbestellung: 15. Mai 2018

Weitere Aufsichtsratsmandate:

- + K+S Minerals and Agriculture GmbH, Kassel (Konzernmandat)
- + thyssenkrupp Steel Europe AG, Duisburg (bis 16. September 2024)

² Börsenotiert

³ Die gerichtliche Bestellung erfolgte zum 23. Januar 2024. Der Beschluss des Amtsgerichts wurde K+S am 29. Januar 2024 zugestellt. Die Wahl durch die Hauptversammlung erfolgte am 14. Mai 2024.

Lars Halbleib (Jahrgang 1978), Tischler

Arbeitnehmervertreter

2. stellv. Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der K+S Gruppe

Vorsitzender des Betriebsrats des Werks Neuhof-Ellers, K+S Minerals and Agriculture GmbH, Kassel

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2028

Erstbestellung: 12. August 2022

Weitere Aufsichtsratsmandate:

+ K+S Minerals and Agriculture GmbH, Kassel (Konzernmandat)

Markus Heldt (Jahrgang 1958), Industriekaufmann Anteilseignervertreter (unabhängiges Mitglied)

Management Consultant

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2025

Erstbestellung: 12. Mai 2021

Weitere Aufsichtsratsmandate:

+ K+S Minerals and Agriculture GmbH, Kassel (Konzernmandat)

Weitere Kontrollgremien:

+ Biotalys N.V., Gent/Belgien⁴ (Mitglied des Board of Directors (non-executive))

Christiane Hölz (Jahrgang 1972), Juristin

Anteilseignervertreterin (unabhängige Finanzexpertin mit Sachverstand auf dem Gebiet der Rechnungslegung)

Geschäftsführerin der Deutschen Schutzvereinigung für Wertpapierbesitz e.V., Düsseldorf

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2027

Erstbestellung: 10. Mai 2023

Weitere Aufsichtsratsmandate:

- + Gelsenwasser AG, Gelsenkirchen⁴
- + K+S Minerals and Agriculture GmbH, Kassel (Konzernmandat)

Michael Knackmuß (Jahrgang 1975), Kfz-Mechaniker

Arbeitnehmervertreter

1. stellv. Vorsitzender des Gesamtbetriebsrats der K+S Gruppe

Vorsitzender des Betriebsrats des Werks Zielitz, K+S Minerals and Agriculture GmbH, Kassel

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2028

Erstbestellung: 11. Juli 2014

Weitere Aufsichtsratsmandate:

+ K+S Minerals and Agriculture GmbH, Kassel (Konzernmandat)

⁴ Börsennotiert.

Gerd Kübler (Jahrgang 1967), Diplom-Ingenieur

Arbeitnehmervertreter

Vertreter der Leitenden Angestellten

Werksleiter Werk Werra, K+S Minerals and Agriculture GmbH, Kassel

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2028

Erstbestellung: 1. Januar 2016

Dr. Rainier van Roessel (Jahrgang 1957), Diplom-Kaufmann

Anteilseignervertreter (unabhängiges Mitglied)

Selbstständiger Berater (ehemaliges Mitglied des Vorstands und Arbeitsdirektor der LANXESS AG, Köln)

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2025

Erstbestellung: 10. Juni 2020

Weitere Aufsichtsratsmandate:

+ K+S Minerals and Agriculture GmbH, Kassel (Konzernmandat)

Konzerngesellschaften des LANXESS-Konzerns:

- + LANXESS AG, Köln⁵ (Mitglied des Aufsichtsrats, Vorsitzender seit 24. Mai 2024)
- + LANXESS Deutschland GmbH, Köln (Mitglied des Aufsichtsrats, Vorsitzender seit 24. Mai 2024)

Peter Trotha (Jahrgang 1983), Industriemechaniker

Arbeitnehmervertreter

Vorsitzender des Betriebsrats des Werks Bernburg, K+S Minerals and Agriculture GmbH, Kassel

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2028

Erstbestellung: 17. August 2021

Weitere Aufsichtsratsmandate:

+ K+S Minerals and Agriculture GmbH, Kassel (Konzernmandat)

Brigitte Weitz (Jahrgang 1963), Personalfachkauffrau

Arbeitnehmervertreterin

Vorsitzende des Betriebsrats Zentrale Technik Süd, K+S Minerals and Agriculture GmbH, Kassel

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2028

Erstbestellung: 26. August 2020

Weitere Aufsichtsratsmandate:

+ K+S Minerals and Agriculture GmbH, Kassel (Konzernmandat)

⁵ Börsennotiert.

Christine Wolff (Jahrgang 1960), Diplom-Geologin Anteilseignervertreterin (unabhängiges Mitglied)

Unternehmensberaterin

Mandat bis zum Ende der ordentlichen Hauptversammlung im Jahr 2027 Erstbestellung: 10. Mai 2023

Weitere Aufsichtsratsmandate:

- + Hochtief AG, Essen⁵
- + K+S Minerals and Agriculture GmbH, Kassel (Konzernmandat)
- + Sievert SE, Osnabrück

Weitere Kontrollgremien:

+ Sweco AB, Stockholm⁵ (Mitglied des Aufsichtsrats)

□ www.kpluss.com/aufsichtsrat

AUFSICHTSRATSAUSSCHÜSSE UND IHRE MITGLIEDER

VERMITTLUNGSAUSSCHUSS

- + Dr. Andreas Kreimeyer (Vorsitzender)
- + André Bahn
- + Ralf Becker
- + Thomas Kölbl

STRATEGIEAUSSCHUSS

- + Dr. Andreas Kreimeyer (Vorsitzender)
- + André Bahn
- + Ralf Becker
- + Markus Heldt
- + Peter Trotha (seit 23. Oktober 2024)
- + Christine Wolff (seit 23. Oktober 2024)

PRÜFUNGSAUSSCHUSS

- + Thomas Kölbl (Vorsitzender, unabhängiger Finanzexperte)
- + Petra Adolph
- + Ralf Becker
- + Lars Halbleib
- + Christiane Hölz (Finanzexpertin)
- + Dr. Andreas Kreimeyer

PERSONALAUSSCHUSS

- + Dr. Andreas Kreimeyer (Vorsitzender)
- + Ralf Becker
- + Prof. Dr. Elke Eller
- + Michael Knackmuß

NOMINIERUNGSAUSSCHUSS

- + Dr. Andreas Kreimeyer (Vorsitzender)
- + Dr. Rainier van Roessel
- + Christine Wolff
- + Carl-Albrecht Bartmer (seit 23. Januar 2024)⁶

NACHHALTIGKEITSAUSSCHUSS (VORMALS ESG-AUSSCHUSS)

- + Christiane Hölz (Vorsitzende)
- + Petra Adolph
- + Peter Trotha
- + Carl-Albrecht Bartmer (seit 23. Januar 2024)⁶
- + André Bahn (seit 23. Oktober 2024)
- + Prof. Dr. Elke Eller (seit 23. Oktober 2024)

(28) MITGLIEDER DES VORSTANDS

(Stand der Angaben zu Zuständigkeiten und Mandaten, sofern nicht anders ausgewiesen: 31. Dezember 2024)

Dr. Burkhard Lohr (Jahrgang 1963), Diplom-Kaufmann Vorstandsvorsitzender

Mandat bis 31. Mai 2025 Erstbestellung: 1. Juni 2012

Christina Daske (Jahrgang 1985), Diplom-Wirtschaftsingenieurin Mitglied des Vorstands, Arbeitsdirektorin

Mandat bis 30. November 2026 Erstbestellung: 1. Dezember 2023

Dr. Christian H. Meyer (Jahrgang 1971), Diplom-Kaufmann Mitglied des Vorstands, Finanzvorstand

Mandat bis 14. März 2026 Erstbestellung: 15. März 2023

Dr. Carin-Martina Tröltzsch (Jahrgang 1968), Diplom-Agraringenieurin Mitglied des Vorstands, Produktions- und Vertriebsvorstand

Mandat bis 19. Februar 2026 Erstbestellung: 20. Februar 2023

VERÄNDERUNGEN IM VORSTAND BIS ZUM BERICHTSTAG

Dr. Jens Christian Keuthen (Jahrgang 1980), Jurist Mitglied des Vorstands

Mandat bis 31. Januar 2028 Erstbestellung: 1. Februar 2025

Immer aktuelle Informationen zu den Verantwortlichkeiten der einzelnen Vorstandsmitglieder entnehmen Sie bitte der Geschäftsordnung des Vorstands, die Sie auch auf der Website von K+S finden.

⁶ Die gerichtliche Bestellung erfolgte zum 23. Januar 2024. Der Beschluss des Amtsgerichts wurde K+S am 29. Januar 2024 zugestellt. Die Wahl durch die Hauptversammlung erfolgte am 14. Mai 2024.

(29) BETEILIGUNGSGESELLSCHAFT

The Goldman Sachs Group, Inc., Wilmington (USA), teilte am 25. Februar 2025 einen Stimmrechtsanteil von 8,64 % mit. Am 13. Januar 2025 betrug der Stimmrechtsanteil der JPMorgan Chase & Co., Wilmington (USA), 4,69 %. Mit der Mitteilung vom 12. Februar 2025 teilte BlackRock, Inc., New York (USA), mit, dass der Stimmrechtsanteil 7,14 % beträgt. Die Rossmann Beteiligungs GmbH, Burgwedel (Deutschland), teilte uns am 12. Februar 2025 mit, dass ihr Stimmrechtsanteil 10,19 % beträgt. Am 7. Juni 2024 teilte uns David Iben/Kopernik Global Investors, LLC einen Stimmrechtsanteil von 5,13 % mit. Die Bank of America Corporation, Wilmington (USA), teilte uns am 21. Januar 2025 einen Stimmrechtsanteil von 3,13 % mit. Am 25. Februar 2025 teilte Amundi S.A., Paris (Frankreich) einen Stimmrechtsanteil von 3,16 % mit. Bis Ende Februar 2025 wurde uns kein weiterer Anteilsbesitz oberhalb der gesetzlichen Meldeschwelle von 3 % mitgeteilt.

(30) GEWINNVERWENDUNGSVORSCHLAG

Für das Geschäftsjahr 2024 weist die K+S Aktiengesellschaft unter Berücksichtigung der vom Vorstand beschlossenen Entnahme aus den Gewinnrücklagen einen Bilanzgewinn von 26,9 Mio. € aus. Der Vorstand beabsichtigt, auf der Hauptversammlung am 14. Mai 2025 die Ausschüttung einer Dividende in Höhe von 15 Cent je nennwertloser Stückaktie (26,9 Mio. €) vorzuschlagen.

(31) EREIGNISSE NACH DEM BILANZSTICHTAG

Nach Ende des Geschäftsjahres ergaben sich keine wesentlichen Änderungen der wirtschaftlichen Rahmenbedingungen bzw. der Branchensituation.

HINWEISE

Bei Prozentangaben und Zahlen können Rundungsdifferenzen auftreten.

Kassel, 6. März 2025

K+S Aktiengesellschaft Der Vorstand

VERSICHERUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER DER K+S AKTIENGESELLSCHAFT

Wir versichern nach bestem Wissen, dass gemäß den anzuwendenden Rechnungslegungsgrundsätzen der Jahresabschluss der K+S Aktiengesellschaft ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt und im zusammengefassten Lagebericht der Geschäftsverlauf einschließlich des Geschäftsergebnisses und die Lage des Konzerns bzw. der K+S Aktiengesellschaft so dargestellt sind, dass ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild vermittelt wird, sowie die wesentlichen Chancen und Risiken der voraussichtlichen Entwicklung des Konzerns bzw. der K+S Aktiengesellschaft beschrieben sind.

Kassel, 6. März 2025

K+S Aktiengesellschaft Der Vorstand

ZUKUNFTSBEZOGENE AUSSAGEN

Der zusammengefasste Lagebericht enthält Angaben und Prognosen, die sich auf die künftige Entwicklung der K+S Gruppe und ihrer Gesellschaften beziehen. Die Prognosen stellen Einschätzungen dar, die wir auf der Basis aller uns zum jetzigen Zeitpunkt zur Verfügung stehenden Informationen getroffen haben. Sollten die den Prognosen zugrunde gelegten Annahmen nicht zutreffend sein oder Risiken – wie sie beispielsweise im Risikobericht genannt werden – eintreten, können die tatsächlichen Entwicklungen und Ergebnisse von den derzeitigen Erwartungen abweichen. Die Gesellschaft übernimmt außerhalb der gesetzlich vorgesehenen Veröffentlichungsvorschriften keine Verpflichtung, die im zusammengefassten Lagebericht enthaltenen Aussagen zu aktualisieren.

WEITERE INFORMATIONEN

BESTÄTIGUNGSVERMERK DES UNABHÄNGIGEN ABSCHLUSSPRÜFERS

An die K+S Aktiengesellschaft, Kassel

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben den Jahresabschluss der K+S Aktiengesellschaft, Kassel, – bestehend aus der Bilanz zum 31. Dezember 2024 und der Gewinn- und Verlustrechnung für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 sowie dem Anhang, einschließlich der Darstellung der Bilanzierungs- und Bewertungsmethoden – geprüft. Darüber hinaus haben wir den Lagebericht der K+S Aktiengesellschaft, der mit dem Konzernlagebericht zusammengefasst ist, für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 geprüft. Die im Abschnitt "Sonstige Informationen" unseres Bestätigungsvermerks genannten Bestandteile des Lageberichts haben wir in Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften nicht inhaltlich geprüft.

Nach unserer Beurteilung aufgrund der bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnisse

- + entspricht der beigefügte Jahresabschluss in allen wesentlichen Belangen den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften und vermittelt unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens- und Finanzlage der Gesellschaft zum 31. Dezember 2024 sowie ihrer Ertragslage für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 und
- + vermittelt der beigefügte Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft. In allen wesentlichen Belangen steht dieser Lagebericht in Einklang mit dem Jahresabschluss, entspricht den deutschen gesetzlichen Vorschriften und stellt die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend dar. Unser Prüfungsurteil zum Lagebericht erstreckt sich nicht auf den Inhalt der im Abschnitt "Sonstige Informationen" genannten Bestandteile des Lageberichts.

Gemäß § 322 Abs. 3 Satz 1 HGB erklären wir, dass unsere Prüfung zu keinen Einwendungen gegen die Ordnungsmäßigkeit des Jahresabschlusses und des Lageberichts geführt hat.

GRUNDLAGE FÜR DIE PRÜFUNGSURTEILE

Wir haben unsere Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-Abschlussprüferverordnung (Nr. 537/2014; im Folgenden "EU-APrVO") unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführt. Unsere Verantwortung nach diesen Vorschriften und Grundsätzen ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" unseres Bestätigungsvermerks weitergehend beschrieben. Wir sind von dem Unternehmen unabhängig in Übereinstimmung mit den europarechtlichen sowie den deutschen handelsrechtlichen und berufsrechtlichen Vorschriften und haben unsere sonstigen deutschen Berufspflichten in Übereinstimmung mit diesen Anforderungen erfüllt. Darüber hinaus erklären wir gemäß Artikel 10 Abs. 2 Buchst. f) EU-APrVO, dass wir keine verbotenen Nichtprüfungsleistungen nach Artikel 5 Abs. 1 EU-APrVO erbracht haben. Wir sind der Auffassung, dass die von uns erlangten Prüfungsnachweise ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht zu dienen.

BESONDERS WICHTIGE PRÜFUNGSSACHVERHALTE IN DER PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES

Besonders wichtige Prüfungssachverhalte sind solche Sachverhalte, die nach unserem pflichtgemäßen Ermessen am bedeutsamsten in unserer Prüfung des Jahresabschlusses für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 waren. Diese Sachverhalte wurden im Zusammenhang mit unserer Prüfung des Jahresabschlusses als Ganzem und bei der Bildung unseres Prüfungsurteils hierzu berücksichtigt; wir geben kein gesondertes Prüfungsurteil zu diesen Sachverhalten ab.

Aus unserer Sicht war folgender Sachverhalt am bedeutsamsten in unserer Prüfung:

1 Werthaltigkeit der Anteile an verbundenen Unternehmen

Unsere Darstellung dieses besonders wichtigen Prüfungssachverhalts haben wir wie folgt strukturiert:

- a) Sachverhalt und Problemstellung
- b) Prüferisches Vorgehen und Erkenntnisse
- c) Verweis auf weitergehende Informationen

Nachfolgend stellen wir den besonders wichtigen Prüfungssachverhalt dar:

1 WERTHALTIGKEIT DER ANTEILE AN VERBUNDENEN UNTERNEHMEN

a) Im Jahresabschluss der Gesellschaft werden unter dem Bilanzposten "Finanzanlagen" Anteile an verbundenen Unternehmen in Höhe von € 6.272,0 Mio (90,6 % der Bilanzsumme) ausgewiesen. Die handelsrechtliche Bewertung von Anteilen an verbundenen Unternehmen richtet sich nach den Anschaffungskosten und dem niedrigeren beizulegenden Wert. Die beizulegenden Werte werden als Barwerte der erwarteten künftigen Zahlungsströme, die sich aus den von den gesetzlichen Vertretern erstellten Planungsrechnungen ergeben, mittels Discounted-Cashflow-Modellen ermittelt. Hierbei werden auch Erwartungen über die zukünftige Marktentwicklung und Annahmen über die Entwicklung makroökonomischer Einflussfaktoren auf die Geschäftstätigkeit der verbundenen Unternehmen berücksichtigt. Dabei werden die von den gesetzlichen Vertretern erstellten und vom Aufsichtsrat zur Kenntnis genommenen Planungsrechnungen für die kommenden drei Jahre (Mittelfristplanung) zugrunde gelegt und anhand langfristiger Annahmen hinsichtlich des Kalipreises, der geplanten Auslastungen bzw. der Produktionskapazitäten der Werke, derer erwarteter Laufzeiten, sowie der geplanten Kosten fortgeschrieben. Die Diskontierung erfolgt mittels der individuell ermittelten Kapitalkosten der jeweiligen Finanzanlage. Soweit es sich um Anteile an Holdinggesellschaften handelt, basieren deren beizulegende Zeitwerte auf den entsprechend ermittelten Werten der von diesen Gesellschaften gehaltenen Beteiligungen. Auf Basis der ermittelten Werte sowie weiterer Dokumentationen ergab sich für das Geschäftsjahr kein Abwertungsbedarf. Das Ergebnis dieser Bewertung ist in hohem Maße abhängig davon, wie die gesetzlichen Vertreter die künftigen Zahlungsströme einschätzen, sowie von den jeweils verwendeten Diskontierungszinssätzen und Wachstumsraten. Die Bewertung ist daher mit wesentlichen Unsicherheiten behaftet.

Vor diesem Hintergrund und aufgrund der hohen Komplexität der Bewertung und der wesentlichen Bedeutung für die Vermögens- und Ertragslage der Gesellschaft war dieser Sachverhalt im Rahmen unserer Prüfung von besonderer Bedeutung.

b) Im Rahmen unserer Prüfung haben wir unter anderem das methodische Vorgehen zur Bewertung nachvollzogen. Wir haben insbesondere beurteilt, ob die beizulegenden Werte sachgerecht mittels Discounted-Cashflow-Modellen unter Beachtung der relevanten Bewertungsstandards ermittelt wurden. Dabei haben wir uns unter anderem auf einen Abgleich mit allgemeinen und branchenspezifischen Markterwartungen sowie auf umfangreiche Erläuterungen der gesetzlichen Vertreter zu den wesentlichen Werttreibern gestützt, die den erwarteten Zahlungsströmen zugrunde liegen. Weiterhin haben wir unter Einbeziehung unserer Bewertungsspezialisten die der Planung zugrunde liegenden Annahmen anhand allgemeiner und branchenspezifischer Markterwartungen und der gegenwärtigen Preisentwicklung im Kalimarkt gewürdigt. Zur Objektivierung der prognostizierten Kalipreisentwicklung haben wir insbesondere auch Marktstudien Dritter zur künftigen Kalipreisentwicklung berücksichtigt. Mit der Kenntnis, dass bereits relativ geringe Veränderungen des verwendeten Diskontierungszinssatzes wesentliche Auswirkungen auf die Höhe des auf diese Weise ermittelten Unternehmenswerts haben können, haben wir uns mit den bei der Bestimmung des verwendeten Diskontierungszinssatzes herangezogenen Parametern beschäftigt und das Berechnungsschema nachvollzogen.

Die von den gesetzlichen Vertretern angewandten Bewertungsparameter und zugrunde gelegten Bewertungsannahmen sind unter Berücksichtigung der verfügbaren Informationen aus unserer Sicht insgesamt geeignet, um die Bewertung der Anteile an verbundenen Unternehmen sachgerecht vorzunehmen.

c) Die Angaben der gesetzlichen Vertreter zu Anteilen an verbundenen Unternehmen sind im Anhang in dem Abschnitt "Bilanzierungs- und Bewertungsgrundsätze" sowie im Abschnitt "Erläuterungen zur Bilanz" im Unterpunkt "(10) Finanzanlagen" enthalten.

SONSTIGE INFORMATIONEN

Die gesetzlichen Vertreter sind für die sonstigen Informationen verantwortlich. Die sonstigen Informationen umfassen die folgenden nicht inhaltlich geprüften Bestandteile des Lageberichts:

+ die in Abschnitt "Erklärung zur Unternehmensführung und Corporate Governance" des Lageberichts enthaltene Erklärung zur Unternehmensführung nach § 289f HGB und § 315d HGB

- + die in Abschnitt "Nachhaltigkeitserklärung / Zusammengefasste Nichtfinanzielle Erklärung" des Lageberichts enthaltene nichtfinanzielle Erklärung zur Erfüllung der §§ 289b bis 289e HGB und der §§ 315b bis 315c HGB
- + die in den Abschnitten "Geschäftsmodell", "Wirtschaftsbericht" und "Unternehmenssteuerung und -überwachung" des Lageberichts enthaltenen, als ungeprüft gekennzeichneten Angaben

Unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht erstrecken sich nicht auf die sonstigen Informationen, und dementsprechend geben wir weder ein Prüfungsurteil noch irgendeine andere Form von Prüfungsschlussfolgerung hierzu ab.

Im Zusammenhang mit unserer Prüfung haben wir die Verantwortung, die oben genannten sonstigen Informationen zu lesen und dabei zu würdigen, ob die sonstigen Informationen

- + wesentliche Unstimmigkeiten zum Jahresabschluss, zu den inhaltlich geprüften Lageberichtsangaben oder zu unseren bei der Prüfung erlangten Kenntnissen aufweisen oder
- + anderweitig wesentlich falsch dargestellt erscheinen.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES AUFSICHTSRATS FÜR DEN JAHRESABSCHLUSS UND DEN LAGEBERICHT

Die gesetzlichen Vertreter sind verantwortlich für die Aufstellung des Jahresabschlusses, der den deutschen handelsrechtlichen Vorschriften in allen wesentlichen Belangen entspricht, und dafür, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie in Übereinstimmung mit den deutschen Grundsätzen ordnungsmäßiger Buchführung als notwendig bestimmt haben, um die Aufstellung eines Jahresabschlusses zu ermöglichen, der frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen (d.h. Manipulationen der Rechnungslegung und Vermögensschädigungen) oder Irrtümern ist.

Bei der Aufstellung des Jahresabschlusses sind die gesetzlichen Vertreter dafür verantwortlich, die Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu beurteilen. Des Weiteren haben sie die Verantwortung, Sachverhalte in Zusammenhang mit der Fortführung der Unternehmenstätigkeit, sofern einschlägig, anzugeben. Darüber hinaus sind sie dafür verantwortlich, auf der Grundlage des Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit zu bilanzieren, sofern dem nicht tatsächliche oder rechtliche Gegebenheiten entgegenstehen.

Außerdem sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Aufstellung des Lageberichts, der insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt. Ferner sind die gesetzlichen Vertreter verantwortlich für die Vorkehrungen und Maßnahmen (Systeme), die sie als notwendig erachtet haben, um die Aufstellung eines Lageberichts in Übereinstimmung mit den anzuwendenden deutschen gesetzlichen Vorschriften zu ermöglichen, und um ausreichende geeignete Nachweise für die Aussagen im Lagebericht erbringen zu können.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Rechnungslegungsprozesses der Gesellschaft zur Aufstellung des Jahresabschlusses und des Lageberichts.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob der Jahresabschluss als Ganzes frei von wesentlichen falschen Darstellungen aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern ist, und ob der Lagebericht insgesamt ein zutreffendes Bild von der Lage der Gesellschaft vermittelt sowie in allen wesentlichen Belangen mit dem Jahresabschluss sowie mit den bei der Prüfung gewonnenen Erkenntnissen in Einklang steht, den deutschen gesetzlichen Vorschriften entspricht und die Chancen und Risiken der zukünftigen Entwicklung zutreffend darstellt, sowie einen Bestätigungsvermerk zu erteilen, der unsere Prüfungsurteile zum Jahresabschluss und zum Lagebericht beinhaltet.

Hinreichende Sicherheit ist ein hohes Maß an Sicherheit, aber keine Garantie dafür, dass eine in Übereinstimmung mit § 317 HGB und der EU-APrVO unter Beachtung der vom Institut der Wirtschaftsprüfer (IDW) festgestellten deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Abschlussprüfung durchgeführte Prüfung eine wesentliche falsche Darstellung stets aufdeckt. Falsche Darstellungen können aus dolosen Handlungen oder Irrtümern resultieren und werden als wesentlich angesehen, wenn vernünftigerweise erwartet werden könnte, dass sie einzeln oder insgesamt die auf der Grundlage dieses Jahresabschlusses und Lageberichts getroffenen wirtschaftlichen Entscheidungen von Adressaten beeinflussen.

Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- + identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher falscher Darstellungen im Jahresabschluss und im Lagebericht aufgrund von dolosen Handlungen oder Irrtümern, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unsere Prüfungsurteile zu dienen. Das Risiko, dass eine aus dolosen Handlungen resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, ist höher als das Risiko, dass eine aus Irrtümern resultierende wesentliche falsche Darstellung nicht aufgedeckt wird, da dolose Handlungen kollusives Zusammenwirken, Fälschungen, beabsichtigte Unvollständigkeiten, irreführende Darstellungen bzw. das Außerkraftsetzen interner Kontrollen beinhalten können.
- + erlangen wir ein Verständnis von den für die Prüfung des Jahresabschlusses relevanten internen Kontrollen und den für die Prüfung des Lageberichts relevanten Vorkehrungen und Maßnahmen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit der internen Kontrollen der Gesellschaft bzw. dieser Vorkehrungen und Maßnahmen abzugeben.
- + beurteilen wir die Angemessenheit der von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsmethoden sowie die Vertretbarkeit der von den gesetzlichen Vertretern dargestellten geschätzten Werte und damit zusammenhängenden Angaben.
- + ziehen wir Schlussfolgerungen über die Angemessenheit des von den gesetzlichen Vertretern angewandten Rechnungslegungsgrundsatzes der Fortführung der Unternehmenstätigkeit sowie, auf der Grundlage der erlangten Prüfungsnachweise, ob eine wesentliche Unsicherheit im Zusammenhang mit Ereignissen oder Gegebenheiten besteht, die bedeutsame Zweifel an der Fähigkeit der Gesellschaft zur Fortführung der Unternehmenstätigkeit aufwerfen können. Falls wir zu dem Schluss kommen, dass eine wesentliche Unsicherheit besteht, sind wir verpflichtet, im Bestätigungsvermerk auf die dazugehörigen Angaben im Jahresabschluss und im Lagebericht aufmerksam zu machen oder, falls diese Angaben unangemessen sind, unser jeweiliges Prüfungsurteil zu modifizieren. Wir ziehen unsere Schlussfolgerungen auf der Grundlage der bis zum Datum unseres Bestätigungsvermerks erlangten Prüfungsnachweise. Zukünftige Ereignisse oder Gegebenheiten können jedoch dazu führen, dass die Gesellschaft ihre Unternehmenstätigkeit nicht mehr fortführen kann.
- + beurteilen wir Darstellung, Aufbau und Inhalt des Jahresabschlusses insgesamt einschließlich der Angaben sowie ob der Jahresabschluss die zugrunde liegenden Geschäftsvorfälle und Ereignisse so darstellt, dass der Jahresabschluss unter Beachtung der deutschen Grundsätze ordnungsmäßiger Buchführung ein den tatsächlichen Verhältnissen entsprechendes Bild der Vermögens-, Finanz- und Ertragslage der Gesellschaft vermittelt.
- + beurteilen wir den Einklang des Lageberichts mit dem Jahresabschluss, seine Gesetzesentsprechung und das von ihm vermittelte Bild von der Lage der Gesellschaft.
- + führen wir Prüfungshandlungen zu den von den gesetzlichen Vertretern dargestellten zukunftsorientierten Angaben im Lagebericht durch. Auf Basis ausreichender geeigneter Prüfungsnachweise vollziehen wir dabei insbesondere die den zukunftsorientierten Angaben von den gesetzlichen Vertretern zugrunde gelegten bedeutsamen Annahmen nach und beurteilen die sachgerechte Ableitung der zukunftsorientierten Angaben aus diesen Annahmen. Ein eigenständiges Prüfungsurteil zu den zukunftsorientierten Angaben sowie zu den zugrunde liegenden Annahmen geben wir nicht ab. Es besteht ein erhebliches unvermeidbares Risiko, dass künftige Ereignisse wesentlich von den zukunftsorientierten Angaben abweichen.

Wir erörtern mit den für die Überwachung Verantwortlichen unter anderem den geplanten Umfang und die Zeitplanung der Prüfung sowie bedeutsame Prüfungsfeststellungen, einschließlich etwaiger bedeutsamer Mängel in internen Kontrollen, die wir während unserer Prüfung feststellen.

Wir geben gegenüber den für die Überwachung Verantwortlichen eine Erklärung ab, dass wir die relevanten Unabhängigkeitsanforderungen eingehalten haben, und erörtern mit ihnen alle Beziehungen und sonstigen Sachverhalte, von denen vernünftigerweise angenommen werden kann, dass sie sich auf unsere Unabhängigkeit auswirken, und sofern einschlägig, die zur Beseitigung von Unabhängigkeitsgefährdungen vorgenommenen Handlungen oder ergriffenen Schutzmaßnahmen.

Wir bestimmen von den Sachverhalten, die wir mit den für die Überwachung Verantwortlichen erörtert haben, diejenigen Sachverhalte, die in der Prüfung des Jahresabschlusses für den aktuellen Berichtszeitraum am bedeutsamsten waren und daher die besonders wichtigen Prüfungssachverhalte sind. Wir beschreiben diese Sachverhalte im Bestätigungsvermerk, es sei denn, Gesetze oder andere Rechtsvorschriften schließen die öffentliche Angabe des Sachverhalts aus.

SONSTIGE GESETZLICHE UND ANDERE RECHTLICHE ANFORDERUNGEN

VERMERK ÜBER DIE PRÜFUNG DER FÜR DIE ZWECKE DER OFFENLEGUNG ERSTELLTEN ELEKTRONISCHEN WIEDERGABEN DES JAHRESABSCHLUSSES UND DES LAGEBERICHTS NACH § 317 ABS. 3A HGB

PRÜFUNGSURTEIL

Wir haben gemäß § 317 Abs. 3a HGB eine Prüfung mit hinreichender Sicherheit durchgeführt, ob die in der Datei KplusS_AG_JAuLB_ESEF-2024-12-31.zip enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts (im Folgenden auch als "ESEF-Unterlagen" bezeichnet) den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat ("ESEF-Format") in allen wesentlichen Belangen entsprechen. In Einklang mit den deutschen gesetzlichen Vorschriften erstreckt sich diese Prüfung nur auf die Überführung der Informationen des Jahresabschlusses und des Lageberichts in das ESEF-Format und daher weder auf die in diesen Wiedergaben enthaltenen noch auf andere in der oben genannten Datei enthaltene Informationen.

Nach unserer Beurteilung entsprechen die in der oben genannten Datei enthaltenen und für Zwecke der Offenlegung erstellten Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts in allen wesentlichen Belangen den Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat. Über dieses Prüfungsurteil sowie unsere im voranstehenden "Vermerk über die Prüfung des Jahresabschlusses und des Lageberichts" enthaltenen Prüfungsurteile zum beigefügten Jahresabschluss und zum beigefügten Lagebericht für das Geschäftsjahr vom 1. Januar bis zum 31. Dezember 2024 hinaus geben wir keinerlei Prüfungsurteil zu den in diesen Wiedergaben enthaltenen Informationen sowie zu den anderen in der oben genannten Datei enthaltenen Informationen ab.

GRUNDLAGE FÜR DAS PRÜFUNGSURTEIL

Wir haben unsere Prüfung der in der oben genannten Datei enthaltenen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts in Übereinstimmung mit § 317 Abs. 3a HGB unter Beachtung des IDW Prüfungsstandards: Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben von Abschlüssen und Lageberichten nach § 317 Abs. 3a HGB (IDW PS 410 (06.2022)) und des International Standard on Assurance Engagements 3000 (Revised) durchgeführt. Unsere Verantwortung danach ist im Abschnitt "Verantwortung des Abschlussprüfers für die Prüfung der ESEF-Unterlagen" weitergehend beschrieben. Unsere Wirtschaftsprüferpraxis hat die Anforderungen an das Qualitätsmanagementsystem des IDW Qualitätsmanagementstandards: Anforderungen an das Qualitätsmanagement in der Wirtschaftsprüferpraxis (IDW QMS 1 (09.2022)) angewendet.

VERANTWORTUNG DER GESETZLICHEN VERTRETER UND DES AUFSICHTSRATS FÜR DIE ESEF-UNTERLAGEN

Die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft sind verantwortlich für die Erstellung der ESEF-Unterlagen mit den elektronischen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts nach Maßgabe des § 328 Abs. 1 Satz 4 Nr. 1 HGB.

Ferner sind die gesetzlichen Vertreter der Gesellschaft verantwortlich für die internen Kontrollen, die sie als notwendig erachten, um die Erstellung der ESEF-Unterlagen zu ermöglichen, die frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Vorgaben des § 328 Abs. 1 HGB an das elektronische Berichtsformat sind.

Der Aufsichtsrat ist verantwortlich für die Überwachung des Prozesses der Erstellung der ESEF-Unterlagen als Teil des Rechnungslegungsprozesses.

VERANTWORTUNG DES ABSCHLUSSPRÜFERS FÜR DIE PRÜFUNG DER ESEF-UNTERLAGEN

Unsere Zielsetzung ist, hinreichende Sicherheit darüber zu erlangen, ob die ESEF-Unterlagen frei von wesentlichen – beabsichtigten oder unbeabsichtigten – Verstößen gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB sind. Während der Prüfung üben wir pflichtgemäßes Ermessen aus und bewahren eine kritische Grundhaltung. Darüber hinaus

- + identifizieren und beurteilen wir die Risiken wesentlicher beabsichtigter oder unbeabsichtigter Verstöße gegen die Anforderungen des § 328 Abs. 1 HGB, planen und führen Prüfungshandlungen als Reaktion auf diese Risiken durch sowie erlangen Prüfungsnachweise, die ausreichend und geeignet sind, um als Grundlage für unser Prüfungsurteil zu dienen.
- + gewinnen wir ein Verständnis von den für die Prüfung der ESEF-Unterlagen relevanten internen Kontrollen, um Prüfungshandlungen zu planen, die unter den gegebenen Umständen angemessen sind, jedoch nicht mit dem Ziel, ein Prüfungsurteil zur Wirksamkeit dieser Kontrollen abzugeben.
- + beurteilen wir die technische Gültigkeit der ESEF-Unterlagen, d.h. ob die die ESEF-Unterlagen enthaltende Datei die Vorgaben der Delegierten Verordnung (EU) 2019/815 in der zum Abschlussstichtag geltenden Fassung an die technische Spezifikation für diese Datei erfüllt.

+ beurteilen wir, ob die ESEF-Unterlagen eine inhaltsgleiche XHTML-Wiedergabe des geprüften Jahresabschlusses und des geprüften Lageberichts ermöglichen.

ÜBRIGE ANGABEN GEMÄß ARTIKEL 10 EU-APRVO

Wir wurden von der Hauptversammlung am 14. Mai 2024 als Abschlussprüfer gewählt. Wir wurden am 28. August 2024 vom Aufsichtsrat beauftragt. Wir sind ununterbrochen seit dem Geschäftsjahr 2021 als Abschlussprüfer der K+S Aktiengesellschaft, Kassel, tätig.

Wir erklären, dass die in diesem Bestätigungsvermerk enthaltenen Prüfungsurteile mit dem zusätzlichen Bericht an den Prüfungsausschuss nach Artikel 11 EU-APrVO (Prüfungsbericht) in Einklang stehen.

HINWEIS AUF EINEN SONSTIGEN SACHVERHALT – VERWENDUNG DES BESTÄTIGUNGSVERMERKS

Unser Bestätigungsvermerk ist stets im Zusammenhang mit dem geprüften Jahresabschluss und dem geprüften Lagebericht sowie den geprüften ESEF-Unterlagen zu lesen. Der in das ESEF-Format überführte Jahresabschluss und Lagebericht – auch die in das Unternehmensregister einzustellenden Fassungen – sind lediglich elektronische Wiedergaben des geprüften Jahresabschlusses und des geprüften Lageberichts und treten nicht an deren Stelle. Insbesondere ist der "Vermerk über die Prüfung der für Zwecke der Offenlegung erstellten elektronischen Wiedergaben des Jahresabschlusses und des Lageberichts nach § 317 Abs. 3a HGB" und unser darin enthaltenes Prüfungsurteil nur in Verbindung mit den in elektronischer Form bereitgestellten geprüften ESEF-Unterlagen verwendbar..

VERANTWORTLICHER WIRTSCHAFTSPRÜFER

Der für die Prüfung verantwortliche Wirtschaftsprüfer ist Thorsten Neumann.

Frankfurt am Main, den 12. März 2025

PricewaterhouseCoopers GmbH Wirtschaftsprüfungsgesellschaft

Michael Conrad Thorsten Neumann Wirtschaftsprüfer Wirtschaftsprüfer

KONTAKT

K+S Aktiengesellschaft

Bertha-von-Suttner-Str. 7 34131 Kassel

Tel.: 0561 9301-0

Internet: www.kpluss.com

Veröffentlichung am 13. März 2025